

Sandinismus und Arbeiterinteressen

Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua



Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e. V.

Edition Nahua

Inhalt

Vorwort

2

Rainer Salm

Eine bewaffnete Fabrik

Bericht aus Metallbetrieben im Interventionswinter 83/84

3

Erhard Scholz

Gewerkschaften in Nicaragua

Eine Einführung

9

Instituto Histórico Centroamericano/Sergio Ferrari

Die Sandinistische Arbeiterzentrale CST

16

Instituto Histórico Centroamericano/Sergio Ferrari/Rosi Karges/Werner Schlienz

Erfahrungsberichte und Interviews zur Gewerkschaftsarbeit der CST

19

Süster Strubelt

Die Bauernorganisation UNAG

35

Süster Strubelt

Die Landarbeitergewerkschaft ATC

45

Anhang

Kurzcharakterisierung der Gewerkschaftsbünde

51

Abkürzungen, Literatur, Adressen

55

Vorwort

Schon kurz nach dem Sturz der Somoza-Diktatur entstanden Solidaritätsinitiativen mit Nicaragua innerhalb der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Exemplarisch für viele weitere mögen die vom Verein Monimbo, Dietzenbach, organisierte Solidarität auf Basisebene und das Projekt der DGB-Jugend "Ausbildungszentrum Donald Guevara" auf Gesamtorganisations- und Vorstandsebene stehen. Unter dem Eindruck verschärfter Angriffe der Contra und der US-Regierung im vergangenen Jahr hat sich die Solidarität mit Nicaragua erfreulicherweise nicht nur innerhalb der Friedensbewegung, sondern auch in den Gewerkschaften und in aktiven Gewerkschafterkreisen vervielfältigt. Für das Informationsbüro Nicaragua ergibt sich dadurch ein Feld der Zusammenarbeit, das die bisherigen Schwerpunktbereiche der Solidarität in kirchlichen Kreisen, unabhängigen Mittelamerikakomitees und der Friedensbewegung ergänzt und erweitert.

Wir wissen um die Schwierigkeiten, der Organisierung gewerkschaftlicher Kontakte, gegenseitiger Besuche und Unterstützung direkt gewerkschaftlicher Projekte in Nicaragua, die sowohl auf Mitgliederebene als auch zwischen den Vorständen erfolgen könnte. Teilweise resultieren sie aus der Zugehörigkeit zu verschiedenen internationalen Gewerkschaftsbünden, teilweise aber auch auf der Unterschiedlichkeit und der Unkenntnis der jeweiligen Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit vor Ort. Wir hoffen, durch die Herausgabe dieser Broschüre einen kleinen Beitrag zur Überwindung dieser Schwierigkeiten leisten zu können. Dabei ist uns natürlich klar, daß Jahrzehntealte Fraktionierungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht im Handstreich zu überwinden, nicht einmal zu unterlaufen, sind.

Aber eröffnen nicht die Erfahrungen der sandinistischen Revolution auch Möglichkeiten, die in Richtung auf eine Auflösung der schon längst überholten Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung wirken könnten? Die Initiativen innerhalb der GEW zur Herstellung offizieller Kontakte zu ihrer nicaraguanischen Schwesterorganisation ANDEN weisen immerhin schon ein wenig in diese Richtung. Vielleicht können innerhalb der ÖTV ähnliche Initiativen zur Kontaktaufnahme mit der Gewerkschaft des Gesundheitswesens, FETSALUD, die keinem der internationalen Bünde angehört, ergriffen werden. Und warum eigentlich nicht auch von anderen Einzelgewerkschaften oder dem DGB gegenüber CST oder ATC?

Aber natürlich gibt es auch unterhalb der Ebene offizieller Kontakte der Gesamtorganisationen die verschiedensten Möglichkeiten gewerkschaftlicher Solidarität mit Nicaragua. Die aber ist nicht allein für die nicaraguanischen Kollegen wichtig, sondern auch bei uns für die Entwicklung gewerkschaftlichen Lebens und Bewußtseins. Solidarität mit Nicaragua bedeutet ja auch immer einen Beitrag zur Entfaltung solidarischer Umgangs- und Bewußtseinsformen im eigenen Lande. So jedenfalls haben wir immer versucht, die Arbeit des Informationsbüros Nicaragua zu verstehen. Und das wird schließlich immer wichtiger in einer Zeit sozialkonservativer Wendeversuche, in der nicht zuletzt die Gewerkschaften gefordert sind, sich auf ihre Untermauerung durch solidarische Bewegung der Kollegen und Mitglieder rückzubesinnen.

Informationsbüro Nicaragua e. V., Wuppertal

Rainer Salm

Eine bewaffnete Fabrik – Bericht aus Metallbetrieben im Interventionswinter 83/84

Am Zaun der Fabrik sind provisorische Wachtürme aufgestellt. Sie sind aus Stahlplatten zusammengeschweißt und würden auch gegen Schüsse Deckung geben. Junge Kerle mit Gewehren lehnen darin in praller Sonne und beobachten das umliegende Gelände. In einem Teil des Fabrikhofes herrscht ein Chaos aus Gräben, Erdwällen und Stahlplatten. Hier werden Luftschutzunterstände ausgehoben, wenn mal wieder der Strom ausgefallen ist und die Fabrikarbeit ruht. Nach dem Schock der US-Invasion in Grenada bereiten sich auch die 150 Arbeiter der Maschinenfabrik EMENSA auf eine mögliche Invasion vor. Dieser viertgrößte Metallbetrieb Nicaraguas liegt am Rande der Hauptstadt Managua. Gearbeitet wird im wesentlichen in einer großen Halle, deren Seitenwände fast überall offen sind. In diesem Halbdunkel blitzen zwischen halbfertig zusammengeschweißten Stahlplatten die Lichtbögen der Elektroschweißer oder die Funkenregen der Handschleifmaschinen. Mit ihren schweren Handschuhen und Lederschürzen, mit ihren Helmen und dem heruntergeklappten Gesichtsschutz sehen die Schweißer fast wie altertümlich gepanzerte Krieger aus. Der junge Arbeiter in Turnschuhen und kurzem Hemd, der mit einem uralten amerikanischen Gewehr auf dem Rücken die Halle durchquert, sieht dagegen fast verletzlich aus. Er holt einen der Schweißer nach draußen, den Sekretär der Gewerkschaft für Verteidigung. Im freien Feld vor der Fabrik sind gerade zwei junge Milizsoldaten gefunden worden, mit durchgeschnittener Kehle. War es wirklich die Contra oder hat jemand Contra-Methoden für einen Raubüberfall benutzt? Ein Arbeiter, der gestern Nachtwache im Betrieb hatte, erinnert sich, die beiden gesehen und gewarnt zu haben. Der Gewerkschaftssekretär nutzt den Anlaß, um weitere Kollegen zur Teilnahme an den Nachtwachen im Betrieb aufzufordern. Auch die Zeitungen schenken dem Doppelmord keine große Aufmerksamkeit, die Invasionsgefahr und die Selbstverteidigungsmaßnahmen beherrschen die Schlagzeilen. Solche Morde selbst in der Nähe der Hauptstadt sind in diesem November 83 keine Sensation mehr. Sie werden allenfalls als Bestätigung der allgemeinen Erwartung empfunden, daß die militärische Bedrohung auch für die Städte näherrückt.

Volksbewaffnung gegen Invasionsgefahr

Schon das ganze Jahr 1983 war in Nicaragua geprägt von den sich verstärkenden Überfällen an der Nord- und Südgrenze. Sie wurden ausgeführt von Kommandotrupps der sogenannten "Contra", die immer offener von US-Geheimdienst CIA finanziert wurden. Im Oktober gab es zusätzlich zu diesem schleichenden Krieg einige Schockerlebnisse, die zu einer massiven Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen führten. Erstmals waren der Contra einige für das ganze Land spürbare und schmerzhafte Schläge gelungen. Am 10. Oktober wurde der Ölhafen Corinthe in Brand geschossen. Mehr als 1 % des nicaraguanischen Jahresbedarfs an Öl wurde dabei vernichtet. Auch die schwimmenden Ölleitung des Hafens Puerto Sandino wurden zwei Mal in die Luft gesprengt. Die sandinistische Regierung beschloß daraufhin ein Paket von Notstands- und Sparmaßnahmen, insbesondere eine Benzinrationalisierung. Die Bewachung strategischer Anlagen wurde verstärkt und sogar die Evakuierung der Hafenstadt Corinthe vorbereitet.

Zur selben Zeit hielten die USA im Nachbarstaat Honduras mit 5 000 Soldaten das längste Manöver in ihrer Geschichte ab. Am 25. Oktober besetzten sie auch noch die Karibik-Insel Grenada, deren fortschrittliche Regierung mit Nicaragua befreundet war. Überall im Land wurde daraufhin organisiert, daß jede Familie einen Luftschutzunterstand aushob. In den Stadtvierteln wurden Feuerschutzbri gaden und Erste-Hilfe-Brigaden gebildet. Immer mehr Menschen beteiligten sich an den von den Viertelkomitees organisierten nächtlichen Patrouillen durchs Stadtviertel. In jedem Stadtviertel wurden für die Bevölkerung Ausbildungskurse im Straßenkampf eingerichtet. Sie waren in den meisten Vierteln mit 150 bis 200 Leuten gut besucht. 14 Tage lang opferten diese Freiwilligen zusätzlich zu Samstagnachmittag und Sonntag jeden Abend drei Stunden für das Miliztraining. Dieser ungeheure Kraftakt sollte für die Amerikaner den Preis einer Invasion in abschreckender Weise erhöhen.

Die Verteidigungsanstrengungen prägten im November auch völlig das politische Leben und die Stimmung in den Stadtvierteln und Betrieben. Die vorher oft kritisierte schwierige Versorgungslage wurde jetzt eher den Amerikanern als den Sandinisten angelastet. Kritiker beklagten sich vor allem über zu hohe persönliche Belastungen, weil nicht nur die Armee, sondern die ganze Bevölkerung für die Landesverteidigung herangezogen wurde.

"Freiwillige" Überstunden, Nachschichten und Nachtwachen

Auch bei EMENSA werden nach dem Anschlag auf Corintho die Nachtwachen verstärkt. Nach Aufforderung der Gewerkschaft trugen sich zwei Drittel der Belegschaft in die Listen ein. Trotzdem kommt jeder fast jede Woche einmal dran, was zusammen mit den Nachtwachen im Stadtviertel eine ziemliche Belastung ist. Deshalb fehlen auch öfter mal eingetragene Kollegen, aber die vorgesetzte Bestrafung dieser Kollegen wird bisher auch von der Gewerkschaft abgelehnt. Keine Probleme gab es mit den freiwilligen Nachschichten nach dem Angriff der Contra gegen Puerto Sandino. Alle erzählen noch heute voller Stolz, wie ihre schnelle und hochqualifizierte Arbeit die Kontrolleure des amerikanischen Ölkonzerns erstaunt hatte. In drei Tagen und Nächten durchgehender Arbeit waren neue Riesenbojen zusammengeschweißt worden, um die gesprengten Ölentladeleitungen wieder schwimmfähig zu machen. Schwieriger zu bewältigen ist schon ein Dringlichkeitsauftrag der Armee über 60 mobile Benzintanks für die verstärkten Einheiten an der Grenze. Schon vorher war aus Energiespargründen die Arbeitswoche von 6 auf 5 Tage verkürzt und die Arbeitszeit dafür von 8 auf 9 1/2 Stunden täglich verlängert worden. Jetzt kommen über mehrere Wochen für die Mehrheit der Belegschaft noch mal 2 bis 3 Überstunden dazu. Die sandinistische Betriebsgewerkschaft unterstützt diese Überstunden, weil nur so gleichzeitig mit den Tanks für die Armee auch einige Erntemaschinen fertig werden können, die dringend für die demnächst beginnende Baumwollernte benötigt werden. "Das ist ein ungeheurer Fortschritt für uns, daß in dem Agrarland Nicaragua endlich auch Landwirtschaftsmaschinen hergestellt werden", sagt der 22jährige Schweißer Cesar Chavarria, Organisationssekretär der Gewerkschaft. "Früher wurde das alles aus den USA importiert und wir haben hier nur grobe Schweißarbeiten für Somozas Bauindustrie gemacht." Aber kommt die Gewerkschaft denn nicht in Konflikt, wenn sie Arbeiterinteressen vertreten soll und gleichzeitig für mehrere Wochen Überstunden fordert? Da ist Cesar in seinem Element: "Letzte Woche wollte die Betriebsleitung einen Arbeiter entlassen, weil er die Überstunden verweigerte. Wir haben das verhindert. Wir haben gesagt, daß der Kollege zwar seine revolutionären Pflichten vernachlässigt, aber

nicht seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag. Wer 9 1/2 Stunden gearbeitet hat, hat ein Recht auf seinen Arbeitsplatz, auch in einem staatlichen Betrieb wie bei uns!" Allerdings ist es auch beim besten Willen für die Gewerkschaft schwierig, das Prinzip der Freiwilligkeit durchzuhalten. Viele, die sich zunächst freiwillig melden, fordern nach einiger Zeit, daß die großen Belastungen auf alle gleichmäßig verteilt werden.

Betriebsversammlung über Bilanz und Verteidigung

Am arbeitsfreien Samstag morgens um acht Uhr soll die Betriebsversammlung bei EMENSA beginnen. Um neun Uhr steht etwa die Hälfte der Belegschaft in plaudernden Gruppen in der Kantine herum. Vier Kollegen sind nach drei Monaten von der Grenze zurückgekommen und haben viel zu erzählen. Wie geht es den anderen 13 Kollegen, die auch noch "in den Bergen" sind? Die Kantine hängt voll mit teilweise selbstgemalten Plakaten. Neben Che Guevara und General Sandino mit der Friedenstaube hängt ein mannshohes Leninbild. An die Wandtafel sind mit Kreide die Namen von drei Kollegen geschrieben, die gestern nicht zur Nachtwache erschienen waren. Einige Kollegen hängen noch große Wandzeitungen auf. Die eine enthält die Bilanzzahlen des Betriebes für die letzten beiden Halbjahre, eine andere erläutert, mit welchen Sirenenzeichen und welchen Transportmitteln die Arbeiter im Invasionfall in die Fabrik geholt werden sollen. Eine dritte zeigt die Verantwortlichkeiten für Produktion und Verteidigung. Jeder Vorgesetzte soll mindestens drei Stellvertreter benennen, damit auch bei hohen Verlusten der Betrieb weiterläuft.

Gegen 1/2 10 kommt langsam Unruhe auf, den jetzt noch Ankommenden werden scherhaft Strafen angedroht. Die Gewerkschaftsleitung beteuert, daß sie jeden informiert habe. Sie war sogar mit Listen durch den Betrieb gelaufen, in denen sich jeder durch Unterschrift zum Kommen verpflichten sollte. "Dann holt doch mal eure Liste! Wer sich verpflichtet hat, muß auch kommen!" Zögernd holt der Gewerkschaftsvorsitzende die Liste. Als er zurückkommt, ist es beschlossene Sache: 100 Cordoba soll die Strafe betragen, eine Menge Geld für einen Arbeiter (die Mehrheit im Betrieb verdient zwischen 1 800 und 2 500 Cordoba im Monat). Aber die das beschlossen haben, müssen es ja nicht zahlen. Die Verlesung der Liste wird zur allgemeinen Gaudi: "Cien mas" (Noch hundert dazu) brüllen bei jedem Abwesenden alle im Chor, verbunden mit Witzen, warum er wohl nicht aus dem Bett gefunden hat. Der Gewerkschaftssekretär mahnt zum Ernst, schließlich würde der Beschuß am nächsten Tag sicher einigen Ärger machen. Als endlich der Direktor beginnt, die Bilanz zu erläutern, wird es mucksmäuschenstill. Obwohl er viele unverständliche Begriff gebraucht und jede Zahl bis auf die letzte Kommastelle genau vorliest, hört die Mehrheit der Anwesenden gespannt zu. Als er fertig ist, fragt einer etwas ungeduldig: "Na und, haben wir jetzt was verdient im letzten halben Jahr?" Der Direktor schluckt und erläutert, daß man das doch auf der Wandzeitung in Spalte 3 Zeile 7 ganz deutlich sehe ... Ökonomie verständlich zu machen und zu verstehen will offensichtlich gelernt sein. Trotzdem trauen sich einige Arbeiter, weiter nachzufragen.

Ihnen sind die hohen Zinszahlungen für Kredite aufgefallen, die noch aus der Zeit des alten Besitzers stammen. Könnte man die nicht einfach streichen, oder doch wenigstens abbezahlen? Der Direktor erläutert mühsam die Notwendigkeit, international kreditfähig zu bleiben und neue Investitionen wichtiger zu nehmen als die Rückzahlung von Schulden. Über so etwas redet er sonst nur mit seinesgleichen, das merkt man ihm an, auch wenn er sich noch so bemüht. Sichtlich wohler fühlt er sich dann, als es um die Vorbereitung der Fabrik auf den Verteidigungsfall geht.

Da kann er sich abwechseln mit den gewählten Gewerkschaftern, da muß nicht er allein die äußersten Zwänge erklären.

Die Gewerkschaften unterstützen Sparprogramm und Lohnstopp

In den ersten Novemberwochen führten die sandinistischen Betriebsgewerkschaften in über 300 Betrieben Belegschaftsversammlungen durch. Ein Hauptthema war überall die bessere Organisierung der betrieblichen Verteidigungsmaßnahmen. Zum Beispiel sollte versucht werden, durch Koordination mit Nachbarbetrieben die Belastung durch Nachtwachen zu verringern. Die bisher freiwilligen Nachtwachen sollten durch Mehrheitsbeschuß für alle verbindlich erklärt werden. Außerdem wurde überall die betriebliche Konkretisierung des Neun-Punkte-Sparprogramms der Regierung diskutiert, das von den Gewerkschaften unterstützt wurde. Dieses Programm sollte zur Einsparung von Energie und vor allem Benzin führen sowie zum vorsichtigen Umgang mit Rohstoffen und Ersatzteilen. Aber es wurden auch alte Errungenschaften eingeschränkt: zum Beispiel wurde der Direktverkauf von Grundnahrungsmitteln in den Betrieben teilweise eingeschränkt und nach der Zahl der zu versorgenden Familienangehörigen gestaffelt.

Die sandinistische Gewerkschaftszentrale hatte nach dem Anschlag auf Corinthe dem Sparprogramm sogar einen zehnten Punkt angefügt: Die schon vereinbarte Erhöhung des Mindestlohns auf 1 700 Cordoba und die daran anknüpfenden Lohnanpassungen wurden wieder rückgängig gemacht. Durch diese Verlängerung des Lohnstoppes wurden nachträglich die wichtigsten Ergebnisse der breiten gewerkschaftlichen Lohndiskussion des Jahres '83 beseitigt. Alle Betriebsgewerkschaften hatten auf Betriebsversammlungen ein neues Lohnsystem diskutiert und dabei auch eine Lohnerhöhung gefordert. In den Betrieben wurden Deligierte gewählt und die Gewerkschaftskoordination verabschiedete eine gemeinsame Lohnforderung, über die mit dem Arbeitsministerium Verhandlungen geführt wurden. Diese Diskussion war nach Jahren des Lohnstoppes als ein Beweis für die Öffnung der Gewerkschaften empfunden worden, auch wenn die vereinbarte Erhöhung des Mindestlohns nicht den gewerkschaftlichen Forderungen entsprach.

Am 20. Oktober gab dann aber die Gewerkschaftskoordination aus verschiedenen Gewerkschaftsbünden eine Erklärung heraus. Sie beschwore darin "die Notwendigkeit, all unsere Vorschläge zur Lohnpolitik zurückzustellen" und rief stattdessen dazu auf, dem Beispiel mehrerer Großbetriebe zu folgen und dem Verteidigungsministerium Geld für den Waffenkauf zu spenden. "Wir unterstützen damit die Entscheidung unserer Regierung, die notwendigen Waffen für die Luft- und Seeflieger zu beschaffen", weil Luftangriffe bis nach Managua hinein und die Seeattacke gegen Corinthe das Fehlen moderner Abwehrwaffen deutlich gemacht hatten.

Konflikte auf einer Betriebsversammlung

Die Betriebsversammlung zum Thema Sparmaßnahmen und Geldspenden ist in dem Metallbetrieb IMEP mit über 40 Wortmeldungen besonders lebhaft. Über zwei Drittel der 120-Mann-Belegschaft sind anwesend, obwohl die Versammlung am Freitagmittag nach der Arbeit stattfindet. Die sandinistische Betriebsgewerkschaft in diesem Staatsbetrieb hatte in einer Betriebszeitung vorher ihre Sparvorschläge bekannt gemacht. Darin wurde zum Beispiel vorgeschlagen, die stromfressende Klimaanlage für die Büros erst um 10 Uhr ein- und schon um 1/2 5 auszuschalten. Oder die Einkaufsfahrten der Kantine sollten auf einmal wöchentlich beschränkt

werden, um Benzin zu sparen. Gleich zu Beginn der Versammlung bekommt die Gewerkschaft einige Kritik zu hören: "Die Beschränkung der Klimaanlage haben wir doch vor einem Jahr schon einmal beschlossen, warum kontrolliert die Gewerkschaft eigentlich nicht die Einhaltung der Beschlüsse?" Auch der Vorschlag der Gewerkschaft, keine betrieblichen Benzingutscheine mehr für Privatautos auszugeben, löst kritische Rückfragen aus: "Warum habt ihr das denn bisher zugelassen? Wer hat denn bisher solche Gutscheine bezogen?" Nach betretenem Schweigen werden der Direktor, sein Stellvertreter und einige Ingenieure genannt. In einer heftigen Diskussion entlädt sich das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Angestellten, die auch in diesem staatlichen Betrieb meist das Drei- oder Vierfache eines einfachen Arbeiters verdienen. Obwohl in der neun-köpfigen Gewerkschaftsleitung acht Arbeiter sitzen, spürt man das Mißtrauen, daß den mächtigen Angestellten nicht genug auf die Finger geschaut wird. Aber die Aussprache ist offen, die Aufmerksamkeit ist groß und die Kritik meist konstruktiv. Zum Beispiel antwortet ein Schweizer dem Appell der Gewerkschaft, die Schweißgeneratoren bei jeder Arbeitsunterbrechung abzustellen. Er schlägt vor, einen von ihnen für die Einstellung und Wartung von Dieselmotoren auszubilden. Dadurch ließe sich sicher mehr Benzin sparen als durch Appelle.

Die schon bekannte Aussetzung aller Lohnanpassungen wird kommentarlos und ohne Murren zur Kenntnis genommen. Auch der eher zögernde Vorschlag der Gewerkschaft für einen "schwarz-roten Samstag" mit freiwilliger Arbeit wird fast ungeduldig einhellig beschlossen. Über den Vorschlag einer Geldspende ans Verteidigungsministerium kommt es dann aber noch zu einer hitzigen Diskussion: Die Belegschaft hatte bei einem nationalen Wettbewerb 10 000 Cordoba gewonnen und beschlossen, mit diesen das betriebeigene Schwimmbad zu einem Freizeitzentrum auszubauen. Der Gewerkschaftsvorsitzende beantragt nun, den Betrag als Spende zu verwenden, weil es jetzt wichtigeres als Erholungseinrichtungen gäbe. Ein Arbeiter lehnt das ab und schlägt vor, mit dem Geld einen Sozialfond zu gründen, aus dem durch die Wirtschaftskrise in Not geratene Kollegenfamilien unterstützt werden sollen. Die Diskussion erreicht schnell eine sehr grundsätzliche und auch scharfe Ebene. Mehrere Kollegen verteidigen den Gewerkschaftsvorschlag mit dem Argument, daß durch die US-Aggression die Verteidigungsaufgaben grundsätzlich wichtiger seien als soziale Verbesserungen. Die Gewerkschaftsleitung widersteht aber der Versuchung, die Gegner ihres Vorschlags in die Ecke der Konterrevolutionäre zu drängen. Am Schluß wird dann die Spende ans Verteidigungsministerium zusammen mit einer Sammlung für einen Sozialfond beschlossen, ein "Kompromiß", der die Opferbereitschaft fast zu überfordern scheint. Aber nach der Versammlung sitzen die Gegner aus dieser Diskussion in der Kantine einträglich beim Bier, der politische Streit scheint die persönlichen Beziehungen nicht zu beeinträchtigen.

Die Gewerkschaften als Motor der Opferbereitschaft

Die Lage der sandinistischen Gewerkschaften in einer Zeit ökonomischer Krise und militärischer Bedrohung ist nicht beneidenswert. Trotz ihrer schlechten Verankerung in der Industrie vor der Revolution und trotz der harten Maßnahmen wie Streikverbot und Lohnstopp ist es den Sandinisten offenbar inzwischen gelungen, in den Industriebelegschaften Fuß zu fassen. Sie stützen sich dabei auf einen harten Kern von 20 - 30jährigen in der Belegschaft, von denen viele erst nach der Revolution Industriearbeiter wurden. Diese können durch ihre scheinbar grenzenlose Opferbereitschaft immer wieder den Rest der Belegschaft mitziehen, auch wenn oft

die Gefahr besteht, daß sie die anderen überfordern. Auf die immer neuen Solidaritätsopfer reagieren die Belegschaften aber bisher nicht mit widerwilliger Passivität, sondern mit der bitteren Einsicht, daß angesichts der US-Aggression keine andere Wahl bleibt. Die Unterordnung ökonomischer Tagesinteressen unter die Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution kann aber schon bald zu schweren Problemen für die Gewerkschaften führen, erst recht, wenn der Krieg die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Schon im Jahre 1983 waren 20 % der Arbeiter der Metallbranche von zeitweiser Stilllegung von Betriebsteilen durch Rohstoffmangel betroffen. Die Gewerkschaften standen dann vor dem Dilemma, einerseits diesen Kollegen nur Notstandsarbeiten für einen Hungerlohn von 1 200 Cordoba besorgen zu können und gleichzeitig in anderen Betrieben zu Überstunden und freiwilliger Samstagsarbeit motivieren zu müssen. Die 1984 verstärkt notwendigen Waffenkäufe werden sicherlich das Devisen- und Rohstoffproblem weiter verschärfen – und damit die Arbeitslosigkeit.

„Du siehst, die Aggression hat nicht nur Tote, sondern auch Arbeitslose zur Folge“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende von IMEP, als er mich um Hilfe bat. „Im März müssen wir schließen, wenn wir nicht irgendwoher Stahl besorgen können. Bei Euch in Deutschland werden doch Stahlwerke geschlossen wegen Absatzmangel. Könntest Du nicht für eine Hilfe von Gewerkschaft zu Gewerkschaft sorgen?“

Eine solche Hilfe wird schwierig werden, solange unsere IG-Metall offizielle Beziehungen nur zu dem kleinen Gewerkschaftsdachverband CUS unterhält. Dieser organisiert zwar keinen einzigen Arbeiter in der Metallbranche, ist aber im richtigen, d. h. von den US-Gewerkschaften dominierten Weltverband. Die IG-Metall-Jugend muß deshalb leider ihre Solidaritätskampagne an das politisch unverdächtige Kulturministerium Ernesto Cardenals adressieren. Über diese Spendenkampagne hinaus könnte aber eine Hilfe „von Metallern für Metaller“ sehr vielfältige und konkrete Formen annehmen (man denke nur an all die gebrauchsfähigen Maschinen, die bei uns verschrottet werden und für Nicaragua Gold wert wären). Auch ein gegenseitiger politischer Lernprozeß kann nur in Gang kommen, wenn gewerkschaftliche Solidarität stärker von Betrieb zu Betrieb und von Gewerkschaft zu Gewerkschaft organisiert wird.

Erhard Scholz

Gewerkschaften in Nicaragua – eine Einführung

Ein/e Gewerkschafter/in, den oder die es nach Nicaragua verschlägt, könnte wohl ebenso gut einen „Kulturschock“ erleiden, wie ihn angeblich manch einer der offiziellen Entwicklungsexperten erhalten hat, der aus der Bundesrepublik kommend in einem Land der „Dritten Welt“ zu arbeiten begann. Zwar gäbe es für ihn/sie ja noch das einigende Band der Gewerkschaften, das möglicherweise einen Halt geben könnte; das Muster des Bandes unterscheidet sich aber in auffälliger Weise hier von dort, obwohl es natürlich wie überall auf der Welt aus demselben Stoff gemacht ist, der gemeinsamen, organisierten Auseinandersetzung mit der Situation als Lohnabhängige. Hier sollen nun einige Punkte benannt werden, mit denen man sich als westeuropäischer Gewerkschafter auseinandergesetzt haben sollte, um nicht schon bei einem Kontakt mit nicaraguanischen Kollegen hinter den ersten auffälligen Unterschieden der gewerkschaftlichen Politik an der Oberfläche die wirklichen Gemeinsamkeiten aus dem Blick zu verlieren.

Zusammensetzung der Arbeiterschaft und gewerkschaftliche Organisation

Nicaragua ist ein kleines Land mit etwa 3 Millionen Einwohnern. Viele davon sind sehr jung; die wirtschaftlich aktive Bevölkerung beträgt etwa 1 Million – weniger als in der zweitgrößten Gewerkschaft des DGB, der ÖTV, organisiert sind. Der größte Teil, etwa 42 %, arbeitet in der Landwirtschaft, fast ebensoviel, nämlich 37 %, in Handel und Dienstleistung und nur etwa jeder sechste, etwa 16 %, arbeitet in Industrie und Bauwesen (Zahlen von 1981). Gewerkschaftliche Organisierung war in den Zeiten der Diktatur nur sehr bedingt möglich; die Gewerkschaften hatten zwischen legaler Arbeit, aber auch Anpassung an die Diktatur und die Unternehmer, einerseits oder Illegalität bei einer konsequenteren gewerkschaftlichen Interessenvertretung andererseits zu wählen. Entsprechend gering war ihr Einfluß; die Wahl zwischen Ineffektivität und Illegalität verhinderte natürlich die Ausbreitung von Gewerkschaften als breit verankerte Massenorganisationen. Im Industriebereich etwa lag der Organisationsgrad unter 10 %, in der Landwirtschaft gab es keine nennenswerte legale gewerkschaftliche Organisation.

Das änderte sich sprunghaft nach dem Sturz Somozas. Der Organisationsgrad stieg in den ersten zwei Jahren nach der Befreiung in der Industrie auf fast 40 %, im Bauwesen auf fast 50 %. In der Landwirtschaft stieg er auf knapp 30 % (ATC und UNAG) und in Handel und Dienstleistung auf etwas unter 10 %. Damit waren 1981 mehr als 25 % aller Erwerbstätigen gewerkschaftlich oder im Kleinbauernverband UNAG organisiert (zum Vergleich: in der BRD ca. 25 %) – ein beträchtlicher Erfolg, wenn man die Situation bis 1979 und die großen Schwierigkeiten der Organisierung auf dem Lande in Rechnung stellt. Entsprechend kletterte auch die Zahl der abgeschlossenen Kollektivverträge zur Regelung von Lohn und Arbeitsbedingungen. Während der 45jährigen Diktatur waren es insgesamt nicht mehr als 160. Allein vom August 1979 bis Ende 1981 wurden dagegen schon 546 Verträge abgeschlossen, durch die fast alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sowie einige unorganisierte erfaßt werden.

Das sprunghafte Wachstum der Gewerkschaften forderte natürlich auch seinen Preis; insbesondere da es an keine organische, unter halbwegs freien Bedingungen gebildete gewerkschaftliche Tradition anschließen konnte. Dazu kommt, daß ein

großer Teil der in der Industrie arbeitenden Kollegen erst im wirtschaftlichen Aufschwung zur Scheinblüte der Diktatur in den 60er Jahren Industriearbeiter wurde, also nicht zur Herausbildung informeller Arbeitnehmertraditionen Gelegenheit hatte, die ja auch einen Zeitraum von ein bis zwei Generationen zur Voraussetzung gehabt hätte.

Das somozistische Arbeitsgesetz schrieb den legalen Gewerkschaften unternehmerfreundliches Verhalten vor und behinderte betriebsübergreifende einheitliche Organisierung. So bestanden die nicaraguanischen Gewerkschaften beim Sturz der Diktatur im Sommer 1979 aus betrieblichen Organisationen, die in Bünden nach verschiedenen politischen Ausrichtungen organisiert waren (hauptsächlich die sozialistisch-kommunistische CGT-i, die katholische CTN, die am nordamerikanischen AFL-CIO orientierte unternehmerfreundliche CUS und die illegalen sandinistisch orientierten Komitees der COR, die 1979 den Kern für den Aufbau der CST bildeten; vgl. Anhang). Auch die neue Lage nach dem Sturz der Diktatur änderte an diesem Organisationsaufbau nichts Entscheidendes. Die dezentrale klein- und mittelbetriebliche Industrie ist weiterhin ein Hindernis bei der Bildung von Branchengewerkschaften und unterschiedliche politische Auffassungen ein vielleicht noch größeres Hindernis zur Herausbildung einer Einheitsgewerkschaft. Das Ergebnis ist eine Organisationsstruktur, wie sie im Anhang genauer beschrieben ist und die sich von der bei uns vorliegenden durch die Vorherrschaft der Betriebsgewerkschaften unterscheidet, die nach politisch/weltanschaulichen Richtungen in verschiedenen Bünden zusammengeschlossen sind.

Ohne Zweifel wird die nicaraguanische Gewerkschaftsbewegung durch die Trennung in verschiedene Bünde geschwächt. Die wichtigsten von diesen bilden daher immerhin schon eine gemeinsame landesweite gewerkschaftliche Koordinierung (CSN, gebildet von ATC, CST, CGT-i, ANDEN, CAUS, FETSALUD, UPN; vgl. Anhang). Die Auswirkung des Betriebsorganisationssprinzips ist dagegen nicht so eindeutig zu bewerten; der betrieblichen Dezentralisierung der Gewerkschaften entspricht eine ähnlich schwache Zentralisierung von Kapital- und Unternehmerseite. Der hohe Stellenwert der betrieblichen Organisation hilft auf der anderen Seite, der Ablösung der Gewerkschaft von den unmittelbaren Problemen des Betriebes und einer möglichen Degeneration zu bloßen Dienstleistungsunternehmen entgegenzuarbeiten. Die Gewerkschaft bleibt anfaßbar und weitestgehend selbstgemacht.

Das Streikverbot vom September 1981

Steht aber nicht das Streikverbot vom September 1981 und dessen Hinnahme durch die Gewerkschaften im Gegensatz zur eben angestellten Beobachtung? Für einen hiesigen Gewerkschafter jedenfalls erscheint beides als die Achillesferse der nicaraguanischen Gewerkschaftsbewegung. Manch einer wittert Staatsgewerkschaftertum und realsozialistischen Immobilismus. Solcherart Vermutung und Kritik geht jedoch an der nicaraguanischen Wirklichkeit vorbei.

Zunächst einmal geht es keineswegs um das "realsozialistische Prinzip", demgemäß die Arbeiter in einer sozialistischen Gesellschaft angeblich durch einen Streik schon immer gegen ihre eigenen Interessen verstoßen, ein Streikverbot also lediglich juristischer Ausdruck ihres eigenen "objektiven" Interesses sei, das sie gegen subjektive Fehleinschätzungen und Verlockungen schütze. Auf Nicaragua trifft dies schon deswegen nicht zu, weil "Sozialismus" dort bisher lediglich als Bewegungsziel und Forderung, insbesondere der in der Koordination CSN zusammengeschlossenen Gewerkschaften existiert, nicht jedoch als gesellschaftlicher Zusammenhang, etwa

gar als realsozialistische Gesellschaftsformation. Auch handelt es sich beim Streikverbot vom September '81 nicht um ein allgemeines Ordnungsprinzip der derzeit angestrebten gemischten Wirtschaft, etwa analog der prinzipiellen Einschränkung des Streikrechts in der "sozialen Marktwirtschaft" der Bundesrepublik, die aus der Forderung der Sozialadäquanz, dem Verbot des politischen Streiks und der "ultima-ratio"-These abgeleitet wird.

Im Falle Nicaraguas geht es vielmehr um eine aktuelle Notstandsmaßnahme, die im Herbst 1981 im Paket mit Maßnahmen gegen Kapitalflucht, Wirtschaftssabotage sowie den Devisenschwarzmarkt als Reaktion auf die problematischer werdende außenwirtschaftliche Lage und die Zunahme konterrevolutionärer Aktivitäten im Inneren beschlossen wurde (Nicaragua-Nachrichten 9/81). Die Maßnahmen wurden mit einer Delegation aus führenden Gewerkschaftern aus allen Bünden abgestimmt und fanden angesichts der bedrohlichen Lage auch deren Unterstützung. Allerdings bedeutete schon damals diese Zustimmung keinen Blankoscheck für die Administration. Gewerkschafter aus der Verhandlungsdelegation wiesen darauf hin, daß ein Teil der wirtschaftlichen Probleme durch Ungereimtheiten und "inkonsequente Elemente" in der öffentlichen Verwaltung selbst herbeigeführt worden wären. Sie stimmten jedoch aufgrund der neu eröffneten Beteiligungsformen an wirtschaftlichen Entscheidungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene mit einer Einschränkung des Streikinstrumentes überein. Auch gab es Übereinstimmung darin, daß es keinen Verteilungsspielraum für globale Lohnerhöhungen gäbe, sondern nur Verschiebungen innerhalb des Lohngefüges selber zugunsten der schlechter verdienenden Gruppen und eine generelle Ausdehnung der kollektiven Leistungen der Betriebe und des Staates, d. h. des "Soziallohns" möglich werden, die der Außenwirtschaftsproduktion und der Versorgung des Landes keinen Abbruch tun.

Die vertretenen Gewerkschaftsführungen faßten damit, wenn auch mit unterschiedlichem Grad der Überzeugung, eine Entscheidung im Sinne nationaler Gesamtverantwortung. Das wurde möglich und im Sinne gewerkschaftlicher Interessen sinnvoll durch die ausdrückliche Aufnahme der Interessen der Arbeitenden in das sandinistische Konzept nationaler Bündnispolitik, die sich bis dahin schon in einem qualitativen Sprung in der Artikulierung und Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte ausgewirkt hatte. Sie tragen diese Entscheidung freilich mit unterschiedlichem Grad an Überzeugung. Die in der Gewerkschaftskoordination CSN zusammengeschlossenen Bünde mit Ausnahme der linksradikalen CAUS etwa gestützt auf Vertrauen in die sandinistisch geführte Regierung und mit einer ähnlichen Analyse der Situation. Die dem rechtsbürgerlichen Oppositionsblock "Coordinadora Democrática" angeschlossenen Gewerkschaften dagegen (die katholische CTN und die nordamerikanisch-sozialdemokratisch orientierte CUS) stehen in der Zwickmühle, durch Einhalten der Streikvermeidungsvereinbarung ihren Bündnispartnern aus dem Unternehmerlager zwar wirtschaftlich zu nützen, politisch aber zu schaden. Da sie sich aufgrund der vielfältigen anderen Aktionsformen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen bisher keinen Vorteil gegenüber den Organisationen der CSN versprechen konnten, haben auch sie die Notstandsmaßnahmen bislang mitgetragen.

Für die sandinistischen Gewerkschaften oder den mit ihnen eng zusammenarbeitenden ergeben sich aus dem Streikverbot natürlich eine Reihe von Problemen, deren Verarbeitungsform deswegen von besonderer Bedeutung ist, weil sie mittlerweile ganz eindeutig zum tragenden Pfleger der nicaraguanischen Gewerkschaftsbewegung geworden sind. Wesentlich ist dabei, daß sich seit Juli 1979 durch die Legalisierung der Gewerkschaften und Einräumung betrieblicher Kontroll- und Beteiligungs-

rechte einschneidende Verbesserungen der Durchsetzungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Forderungen ergeben haben. Dadurch wird der zeitweise Verzicht auf den Einsatz des Streiks als Durchsetzungsmittel überhaupt erst möglich. Weder Gewerkschaften noch Regierung scheinen Verzicht bzw. Verbot des Streiks als Prinzipienfrage handhaben zu wollen. Auf Gewerkschaftsseite wird die Einschätzung vertreten, daß ein aktiver Streik mit Besetzung und Fortführung der Produktion nach Ausschöpfung aller anderen Einflußmöglichkeiten dann erfolgreich durchführbar ist, wenn die Forderungen nicht das Sonderinteresse der Belegschaft gegen die allgemeinen Interessen der Arbeitenden auszuspielen versucht (Interview L. Pacheco, TIP-TOP). Was aber sind die allgemeinen Interessen? – Die Antwort darauf und damit die Festlegung der Trennlinie für einen (trotz Verbot) akzeptablen Streik gegenüber einem inakzeptablen ist eine politische Entscheidung. An der Ausarbeitung dieser Trennlinie und ihrer Anpassung an Veränderungen der Lage wird sich die Regierung des nationalen Wiederaufbaus zu bewähren haben.

Alles deutet darauf hin, daß sie sich jedenfalls nicht für eine formale Durchsetzung des Streikverbots unter allen Bedingungen entscheidet. Als Anfang Februar '84 die Bewässerungsarbeiter auf der privaten Zuckerrohrplantage "San Antonio", unterstützt von der sandinistischen Betriebsgewerkschaft, für eine angemessene Lohngruppeneinordnung in den Streik traten, nachdem Verhandlungen sie nicht zum Ziel gebracht hatten, trugen Vertreter von Agrar- und Arbeitsministerium durch Vermittlung zu einer Beilegung des Konflikts bei (taz, 18.2.84). Die juristische Maschinerie wurde nicht in Gang gesetzt. Allerdings wurde auch alles vermieden, was dem Fall hätte Publizität geben können, damit er möglichst keine Schule macht. In einer Situation eines weiter anhaltenden offenen Grenzkrieges mit der US-gestützten Contra und der ständigen Bedrohung eines massiven offenen Eingreifens von honduranischen oder US-Truppen erscheint eine weitergehende Auflockerung des Streikverbots und -verzichts mehr als unangebracht. Läßt der äußere Druck jedoch eines Tages nach, so wird eine faktische sowie politische Auflockerung notwendig, der schließlich die juristische Aufhebung folgen sollte. (Wenige Wochen nachdem dies geschrieben worden ist, wurde das Streikverbot im Rahmen der Öffnung zur Vorbereitung auf die Wahlen vom November '84 aufgehoben, obwohl sich der äußere Druck weiter verstärkt hat. Bleibt nur zu fragen, wie lange das durchzuhalten ist.

– Anm. während der Korrektur, E. S.)

Lohnpolitik

Ähnlich wie die Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren nach 1979 auf eine Behebung der vom Befreiungskrieg hinterlassenen Schäden bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Volkswirtschaft zu einer prioritären Befriedigung der Grundbedürfnisse zielte, orientierte die Lohnpolitik weniger auf größere Steigerungsraten, die eh nur einer Minderheit zugute gekommen wären, als auf eine globale Erhöhung, die mit der Inflation Schritt halten sollte, bei gleichzeitiger Umverteilung der Arbeitseinkommen zugunsten der weniger Verdienenden. Von 1980 bis 1983 bevorzugten Gewerkschaften und Planungsministerium Firmenkollektivverträge, die die nominelle Steigerung des betrieblichen Lohnvolumens in Festbeträgen auf sämtliche Arbeitnehmer umlegen sollten. Die daraus resultierende Umverteilung innerhalb der Arbeitseinkommen wurde und wird durch das Konzept des "Soziallohns" ergänzt, unter dem die Leistungen verstanden werden, die sich aus dem sprunghaften Ausbau des Erziehungs- und Gesundheitswesens seitens des Staates und aus den neu vereinbarten Sozialleistungen der Betriebe ergeben, die das gesamte

Spektrum von Kantinenessen über betriebliche Verkaufsstellen für Konsumgüter mit garantierten Preisen, medizinische Versorgung bis hin zu Kinderhäusern umfassen (vgl. S. Strubelt: Die Landarbeitergewerkschaft ATC). Unter dem Strich kann man für die schlechtest verdienenden Schichten von einem Reallohnzuwachs von 1979 bis 1983, für die etwas besser verdienenden von einem begrenzten individuellen Reallohnverlust, der durch die Steigerung der Sozialleistungen aufgewogen wird, und für die bestverdienenden Arbeitnehmergruppen von einer Senkung des materiellen Lebensniveaus insgesamt ausgehen. Dabei sind regionale, berufsgruppenspezifische und betriebliche Differenzen aufgetreten, deren Beseitigung sich die CST und andere Gewerkschaften ab 1982 zum Ziel setzen. 1983 begann auf den Druck der CSN-Gewerkschaften ein Prozeß der Vereinheitlichung der wuchernden Einzelregelungen. Durch landesweite Verhandlungen wurden Vereinbarungen über Mindestlöhne in Stadt und Land sowie ein Spektrum von 26 Entlohnungsstufen getroffen, die zur Grundlage eines einheitlichen nationalen Lohnsystems werden sollten, in das sich künftig die betrieblichen Vereinbarungen einfügen sollen (vgl. S. Strubelt, ATC). Nachdem die im August '83 zwischen Gewerkschaften und Arbeitsministerium abgeschlossenen Vereinbarungen zunächst durch die Auswirkungen der Anschläge auf Corintho, den wichtigsten Hafen Nicaraguas, im Oktober in Frage gestellt schien, beginnt nun seit Jahresende 83/84 schließlich doch eine Umsetzung der Rahmenvereinbarungen.

Die betriebliche Umsetzung wird von vielen Kollegen mit der Erwartung von Reallohnnerhöhungen verbunden, die nur in den wenigsten Fällen, bei den bisher schlechtest bezahlten Stellen, eintreten kann; denn insgesamt soll wiederum das gesamte Lohnvolumen um etwa die Inflationsrate steigen und nicht mehr. Wie schon erwähnt, hat es im Februar '84 erste Konflikte mit spontanen Streiks gegeben. Die Bewältigung dieser und der noch anstehenden Folgekonflikte wird unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Notstands und der kräftezehrenden militärischen Daueraanstrengung gegen die laufende und die drohende Intervention für einige Zeit noch eine schwierige Aufgabe für Gewerkschaften und Regierung sein.

Arbeiterbeteiligung

Unabhängig von der Frage des Streiks ist seit 1979 ein völlig neuer Bereich gewerkschaftlicher Einflußnahme auf betrieblicher und – im staatlichen Sektor – überbetrieblicher Ebene erschlossen worden, die "participacion", die sich in hiesigen Verhältnissen am ehesten mit einem erweiterten Konzept von Mitbestimmung vergleichen ließe; allerdings zumindest im öffentlichen Sektor so weit erweitert, daß ein zu enger Vergleich schon wieder sehr fragwürdig würde.

Die Kolleg/inn/en vom Instituto Historico Centroamericano sprechen in ihrem Envio (Rundbrief) vom Juni und August 1982 von einer Entwicklung von "Arbeiterkontrolle" im privaten und "Arbeiterbeteiligung" im staatlichen bzw. öffentlichen Sektor. Gemeint ist damit eine verschieden weit vorangetriebene und verschieden stark institutionalisierte Einmischung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in die Belange ihres Betriebes.

Bei den privaten Betrieben besteht sie in der Forderung nach Offenlegung der Geschäftslage, der Bücher, und aus einem Einspruchsrecht bei volkswirtschaftlich relevanten Einkäufen aus dem Ausland. Grundlage dieses Ansatzes einer Kontrolle der Arbeitnehmer über das Geschäftsgebaren ihres Unternehmens ist dasselbe wirtschaftliche Notstandsgesetz, das Streiken untersagt. Es berechtigt die Belegschaften und die Gewerkschaften, über die Transaktionen der Firmen zu wachen und bei Verdacht von Kapitalflucht Anzeige bei den Behörden zu erstatten. Bestätigt sich

der Verdacht, so sieht das Gesetz Staatsintervention und im Extremfall Übernahme des Betriebes in den öffentlichen Sektor vor. Die Durchsetzung der gesetzlich vorgesehenen Kontrollrechte geht natürlich nicht ohne Auseinandersetzungen vor sich und ist von Betrieb zu Betrieb verschieden weit realisiert (vgl. Interview/Bericht mit dem Gewerkschafter L. Pacheco bei TIP-TOP).

Im öffentlichen Sektor (APP – Area de Propiedad del Pueblo) geht die gewerkschaftliche Einmischung über Kontrollrechte an vielen Stellen schon hinaus. Ziel ist eine Arbeiterbeteiligung an der Organisation und Leitung der Produktion, die keinen Aspekt der betrieblichen Entscheidungen ausspart und dem Management alleine vorbehält. Das erfolgt über das betriebliche Produktionskomitee und das Direktionskomitee, in denen Gewerkschaftsdelegierte und direkt aus den Abteilungen geschickte Kollegen teilnehmen. Die Größe schwankt je nach Betrieb. Bei der pharmazeutischen Firma SOLKA mit ungefähr 500 Betriebsangehörigen sind Gewerkschaft und Belegschaft im Produktionskomitee im Verhältnis 3:7 gegenüber der Betriebsleitung und den Technikern vertreten, im betrieblichen Direktionskomitee im Verhältnis 3:5 (vgl. Erfahrungsbericht SOLKA). Dazu kommt die Gewerkschaftsbeteiligung an der Leitung der Unternehmenszusammenschlüsse im öffentlichen Sektor (COIP – Corporacion Industrial del Pueblo), die dem Planungsministerium unterstehen.

Von einem Land aus gesehen, in dem die Unternehmerseite ein gutes halbes Jahrhundert Training im Zubilligen häppchenweiser Zugeständnisse an Belegschaften und Gewerkschaften hat, ohne die Schlüsselentscheidungen je in Frage stellen zu lassen, obwohl man zuweilen schon viel näher an eine quantitative Parität herangerückt ist, könnten diese Beteiligungsformen auf den ersten Blick als harmlos erscheinen. Dieser bloß quantitative erste Blick täuscht jedoch.

In einem bis 1979 diktatorisch regierten Land der "Dritten Welt", das sich heute im Aufbruch befindet, wo Gewerkschaften früher nur geähmt oder illegal arbeiten konnten, bedeutet die genannte Beteiligung einen Durchbruch in der betrieblichen Praxis und im Bewußtsein aller Beteiligten. Natürlich gibt es weiter selbstherrliche Verwalter in der Leitung des öffentlichen Sektors, aber gerade für sie bedeutet die Beteiligung Provokation, Konflikt und Zwang zur ständigen Auseinandersetzung mit der Belegschaft. Für die wiederum sind die genannten Beteiligungsformen verbunden mit regelmäßigen Produktionsversammlungen, in denen Delegierte aus allen Abteilungen zusammen mit der Betriebsleitung die Probleme des Betriebes besprechen und zu klären versuchen, unmittelbar zugängliche und greifbare Formen industrieller Demokratie, durch die sie ihre Interessen unmittelbar zum Ausdruck bringen können.

Daß diese Beteiligung in der Praxis der Betriebe ein aktives Element darstellt, zeigt die aus der Not geborene Bewegung der Arbeitererfinder, der "Inovadores" (vgl. R. Karges/W. Schlienz: Schrott zu neuem Leben erwecken...). Arbeiterbeteiligung setzt die produktive Phantasie und Kompetenz von Kollegen frei, die die Technologieentwicklung nicht mehr der Unternehmensleitung allein überlassen. Da entstehen Ansätze eines selbstbewußten Produzentenbewußtseins, die für gewerkschaftliche Solidaritätsprojekte sicher von großer Bedeutung sein könnten, könnten sie doch durch gegenseitiges Lernen zur Eröffnung sozialer Perspektiven auch hier beitragen.

Sieht man also hinter die formale Beteiligungsstruktur, so scheint in den am weitesten entwickelten Betrieben schon ein Weg eingeschlagen zu sein, auf dem die Kolleg/inn/en ihre Arbeit mehr und mehr selbst in die Hand nehmen – "Arbeitnehmer" im neuen und zukunftsträchtigen Sinne einer Aneignung der Arbeit und ihrer Bedingungen einmal umgekehrt als seit Jahrhunderten eingespielt.

Diese nicht alltägliche "Arbeitnahme" findet jedoch unter Bedingungen materieller Knappheit statt, nicht unter denen des Reichtums. Not, nicht volle Entfaltung der Produktivkräfte ist der Anlaß der vollzogenen Einmischung. Militärische Intervention auf Treiben und Kosten der USA verschärft diese Not. Kräfte werden zur Verteidigung abgezogen und gehen der Lösung der wirtschaftlichen und politisch-kulturellen Probleme zumindest für eine Zeit verloren. Betriebsversammlungen diskutieren und lösen Verteidigungsaufgaben. Das steht einer zielstrebigen Fortsetzung des eingeschlagenen Weges der Arbeiterbeteiligung natürlich im Wege. Ein Vergleich der Erfahrungsberichte und Interviews dieser Broschüre, die aus den Jahren 1981/82 stammen, mit dem Bericht des Kollegen Rainer Salm zeigt das deutlich. Aber dieser Bericht aus dem Interventionswinter 83/84 zeigt auch, daß alles andere als Pessimismus angebracht ist. Andere Aufgaben sind heute dringlicher. Der einmal eingeschlagene Weg jedoch wird nicht verlassen.

Die Sandinistische Arbeiterzentrale CST

Der überwiegende Teil der gewerkschaftlich Organisierten gehört einem der Bünde an, die sich in der Koordinierung CSN zusammengeschlossen haben. 1981 entschieden sich nur 3,9 % der 39 238 in diesem Jahr neu in eine Gewerkschaft eingetretenen Mitglieder für die zwei Organisationen, die nicht am Koordinierungsgremium teilnehmen (CUS, CTN). Innerhalb der Koordinierung sind wiederum die sandinistischen Gewerkschaften (CST, ATC) die weitaus größten. Sie stellen mittlerweile die bedeutendste Strömung innerhalb der nicaraguanischen Gewerkschaftsbewegung dar.

Anzahl der Gewerkschaften und Mitglieder der Gewerkschaftszentralen (1983)

Gewerkschaftszentrale	Anzahl der Gewerkschaften	Anzahl der Mitglieder
CST	504	111.498
ATC	480	40.000
FETSALUD	39	15.613
CAUS	15	1.939
CGT-i	19	17.177
CUS	17	1.670
CTN	21	2.734
Ohne Mitgliedschaft	8	16.760
Insgesamt	1.103	207.391

Quelle: Ministerio de Trabajo

Bemerkungen: Diese Angaben (über die Mitgliederzahl) stimmen nicht mit denjenigen überein, die uns die Gewerkschaftszentralen gaben (z. B.: die CTN gab uns eine Anzahl von 65 000 Mitgliedern an, die CGT-i 20 000, die CUS 20 000).

Es ist notwendig zu erklären, daß in einigen Fällen diese Unterschiede daraus resultieren, daß innerhalb einiger gewerkschaftlicher Zentralen Gewerkschaftsgruppen existieren, die keine Rechtsfähigkeit haben (offizielle Anerkennung). Das rechtfertigt allerdings nicht die unglaublichen Unterschiede, die, wie wir glauben, aus dem Wunsch erwachsen, eine größere gewerkschaftliche Macht vorzuzeigen, als tatsächlich vorhanden ist.

Demokratisierung der CST

Die CST wurde wenige Tage nach dem Sieg des 19. Juli 1979 gegründet. Ihre Gründung war Ergebnis einer Entscheidung der revolutionären Führung "von oben nach unten", die auf die Bedürfnisse und Anforderungen der nicaraguanischen Arbeiterbewegung in dieser besonderen Situation eine organisatorische Antwort gab.

Eine Reihe gewerkschaftlicher Gruppen, insbesondere der Basis, die in verschiedenen Fabriken in der Illegalität gearbeitet hatten und Kontakt mit der FSLN hielten, konstituierten sich unmittelbar auf den Aufruf der CST hin als Einzelgewerkschaf-

ten. Es war beabsichtigt, diese Arbeitergruppen, die aufgrund der Bedingungen des Kampfes vor und während der Aufstandsbewegung unabhängig voneinander gearbeitet hatten, in eine Massenorganisation umzuwandeln, um alle Arbeitnehmer erfassen und organisieren zu können, die die Notwendigkeit einer an der FSLN orientierten Gewerkschaftsorganisation einsahen.

Mit der Formulierung eines Aufbaus "von oben nach unten" ist zunächst einmal die Schaffung eines nationalen Exekutivsekretariats ohne Beteiligung der gesamten Gewerkschaftsbasis gemeint. Dieses Sekretariat erhielt zwar die Zustimmung von Sprechern einiger Gewerkschaften, es ging aber nicht aus allgemeinen gewerkschaftlichen Wahlen hervor. Zweifelsohne war es in dieser politischen Situation zum Abschluß eines Befreiungskrieges so gut wie unmöglich, an eine Normalisierung in dieser Hinsicht zu denken.

Das nationale Exekutivsekretariat der CST mußte die ersten organisatorischen Schritte praktisch aus dem Nichts heraus unternehmen und mit einem unerwarteten Wachstum Schritt halten, das durch die Aufnahme einer großen Zahl von Mitgliedsgewerkschaften entstand.

Während der zwei auf die Gründung folgenden Jahre entstand aus den Erfahrungen einer ständig aktiveren Beteiligung der Gewerkschaftsbasis die Notwendigkeit eines demokratischen Aufbaus der sandinistischen Zentrale. Nachdem die erste Phase der Organisierung und der schnellen Antworten vorbei war, begann man auf verschiedenen Ebenen des Bundes die Notwendigkeit eines Aufbaus "von unten nach oben" zu spüren.

Der Ausgangspunkt dieses neuen Aufbaus sollte eine konstituierende Nationalversammlung sein. Auf der Ebene des Exekutivsekretariats entstand die Idee dieser Versammlung im Januar 1982 und man plante, diese für das erste Drittel des Jahres 1982 im Rahmen eines Arbeitsschwerpunktes "Demokratisierung der CST" einzuberufen.

Im März 1982 wurde die Versammlung wegen der militärischen Angriffe auf das Land und wegen der Notstandssituation auf die zweite Jahreshälfte verlegt. Die allgemeine politisch-militärische Lage blieb allerdings noch länger angespannt und erlaubte keine Aufsplittung der organisatorischen Anstrengungen, so daß die Versammlung ein weiteres Mal auf Februar 1983 verschoben wurde. Schließlich fand sie am 26. und 27. Februar 1983 unter Teilnahme von 189 Delegierten aus allen Landesteilen als ein einschneidender Markierungspunkt im Leben der CST statt.

Prozeß des Neuaufbaus

Um die konstituierende Nationalversammlung vorzubereiten, wurde ab August 1982 mit der Diskussion eines Entwurfs einer Grundsatzdeklaration, der Festlegung allgemeiner unveränderlicher Aufgaben und eines Rahmenstatuts für die Mitgliedsgewerkschaften der CST begonnen. Dieser Entwurf stammte vom Exekutivsekretariat, wurde in Zeitungsdruck vervielfältigt und in breitester Form in der Mitgliedschaft der CST verteilt. Schätzungsweise 506 von 524 Mitgliedsgewerkschaften haben ihn diskutiert. Da es viele sehr kleine Gewerkschaften gibt, war es aufgrund des Kräftemangels nicht möglich, die Diskussion des Entwurfs in allen Mitgliedsgewerkschaften zu organisieren. Man rechnet mit etwa 68 000 an der Diskussion beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern. Diese erste Vorbereitungsphase fand vom August 1982 bis Januar 1983 statt.

Es wurden Treffen von Arbeiterkomitees, Abteilungsversammlungen und Gewerkschafts- oder Betriebsversammlungen organisiert. Zwischen dem 15. Januar und

dem 15. Februar fanden dann Bezirkskonferenzen statt, auf denen die Vorschläge und Entwürfe der Basis aufgenommen wurden und der Vorentwurf erneut zur Diskussion stand. Auf diesen Konferenzen wurden auch Bezirksräte gewählt, die nun die neuen bezirklichen Leitungen darstellen. Während der ersten Sitzung der Bezirksräte wurden bezirkliche Exekutivsekretariate und die Delegierten zur Nationalversammlung gewählt.

Bis zum 20. Februar war der gesamte Prozeß der Diskussion und der Wahl der mittleren Funktionsträger abgeschlossen. Die Bezirksräte sind im Verhältnis 1:50 zu den Mitgliedern des Bezirks besetzt; ihre Größe variiert also von Bezirk zu Bezirk. Im ganzen Land gibt es zwölf Bezirksräte. Lediglich an der Atlantikküste fand aufgrund der besonderen Lage kein entsprechender Neuaufbau statt.

Beiträge der Basis zur Diskussion

Während der gesamten Diskussion wurden am Vorentwurf zahlreiche Änderungen angebracht. Der Nationalversammlung wurden später alle diese Beiträge vorgelegt. Beispielsweise spielten die Mitgliedsbeiträge eine wichtige Rolle in der Diskussion. Schließlich einigte man sich auf ein Prozent des Lohns. Diese Entscheidung wurde von 90 % der Delegierten der Nationalversammlung getragen. Von diesem Prozent geht eine Hälfte an die Einzelgewerkschaft und die andere an die Gewerkschaftszentrale. Der neue Beitragsschlüssel trat zum 19. Juli 1983 in Kraft, pünktlich zum vierten Jahrestag der Revolution. Vorher gab es keine Beitragspflicht; einige Mitglieder zahlten, teilweise sogar mehr als ein Prozent, andere nicht.

Die neue Gliederung auf nationaler Ebene wird vom Nationalrat gebildet, der etwas über 60 Mitglieder zählt, viermal im Jahr ordentlich zusammentritt und bei Bedarf jederzeit zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen werden kann. Dieser Rat wurde auf der konstituierenden Versammlung vom 26. bis 27. Februar 1983 demokratisch gewählt. Vor der Versammlung war unter den Delegierten ein Dossier mit den politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen und kurzen Lebensläufen aller Kandidaten verteilt worden. So war eine bewußte Entscheidung der Delegierten möglich.

Das wichtigste Organ ist die Nationalversammlung, die einmal im Jahr zusammentritt. Sie beschließt unter anderem über den Haushalt der CST. Außerdem beschließt sie über die Grundlinien der Leitungsarbeit des Rates. Als letztes Organ wurde das nationale Exekutivsekretariat gewählt. Es besteht jetzt aus acht Mitgliedern, einschließlich des Bezirkssekretärs von Managua, der geborenes Mitglied ist und dessen Teilnahme von der Versammlung lediglich ratifiziert wurde.

Instituto Historico/Verein Monimbo/S. Ferrari/R. Karges/W. Schlienz

Erfahrungsberichte und Interviews zur Gewerkschaftsarbeit der CST

Pharmazeutische Fabrik SOLKA (staatlich)

(Bericht von Sergio Ferrari, Rosi Karges und Werner Schlienz über eine Produktionsversammlung am 16.7.1982 beim staatlichen pharmazeutischen Betrieb "Laboratorios Solka", Managua, und Auszüge eines Interviews mit dem Vorsitzenden der CST angeschlossenen Betriebsgewerkschaft, Julio Gonzales. Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus Envio 14, 8/82)

Die Arbeiter sind zu 100 % in der Gewerkschaft organisiert. Auf Beschuß einer Vollversammlung müssen sich alle neu im Betrieb eingestellten Kollegen in der Gewerkschaft organisieren, weil nicht einzusehen sei, daß sich einige für die Rechte der Arbeiter einsetzen und die anderen, nicht organisierten, daraus Vorteile ziehen.

In jeder Abteilung gibt es monatliche Vollversammlungen. Die Abteilungsversammlungen delegieren in demokratischer Wahl je einen Vertreter in das gewerkschaftliche Produktionskomitee. Dieses diskutiert mit den Kollegen und dem Gewerkschaftsvorstand die anstehenden Probleme und erarbeitet Verbesserungsvorschläge. Aus seiner Mitte werden wiederum Delegierte für das betriebliche technische Produktionskomitee bestimmt, das die Fragen mit der Betriebsleitung bespricht und Vorschläge unterbreitet (s. u.). Schließlich werden noch zwei Arbeiter für das betriebliche Leitungskomitee benannt, in dem außerdem noch der Gewerkschaftsvorsitzende und die Direktoren der Firma die allgemeinen betrieblichen Fragen besprechen und über das Beschlüsse, Wünsche und Vorschläge aus den Vollversammlungen weitergegeben werden.

Der Gewerkschaftsvorstand bei der SOLKA besteht aus zehn Mitgliedern, unter denen die Verantwortlichkeiten wie folgt aufgeteilt sind (diese Aufteilung ist charakteristisch auch für die anderen CST-Gewerkschaften, wobei allerdings bei kleineren Betrieben mehrere Verantwortlichkeiten von einem Vorstandsmitglied abgedeckt werden):

- Generalsekretär
- Organisationsbeauftragter
- Produktionsbeauftragter
- Beauftragter für Propaganda und politische Erziehung
- Kultur- und Sportbeauftragter
- Milizbeauftragter
- Beauftragter für Arbeitsfragen
- Finanzbeauftragter
- Beauftragter für Auszeichnungen und für die Organisierung freiwilliger Arbeitssätze
- Beauftragter für nationale und internationale Beziehungen.

Am 16. Juli hatten sich mehr als 300 Arbeiter zur Produktionsversammlung eingefunden. Daneben waren Delegationen aus anderen Betrieben eingeladen. Die Versammlung wurde vom Vorstand der Betriebsgewerkschaft geleitet. Als Ehrengäste waren eingeladen: Vertreter der CST (Central Sandinista de Trabajadores, der die

Betriebsgewerkschaft angeschlossen ist), eine Vertreterin der FSLN aus dem Landkreis Masaya, ein blinder Arbeiter, dessen Einsatz im Betrieb als beispielhaft gilt, die Mutter eines Arbeiters der SOLKA, der im September vorigen Jahres während einer Milizübung umgekommen war. Die Versammlung trug ihm zu Ehren seinen Namen: "Basilio Calix".

Nach einer kurzen Einführung des Generalsekretärs der Gewerkschaft trugen die gewählten Vertreter aller Abteilungen des Betriebes ihre Berichte vor: Infusions-, Tabletten-, Flüssigkeiten-, Verwaltungs- und Instandsetzungsabteilung bis hin zur Kantine. Wie die Arbeiter uns erklärten, kamen diese Berichte nach langen Diskussionen zustande, und zwar wurde auf zwei Punkte Wert gelegt:

- a) die Aufstellung von Problemen, die die Produktion beeinträchtigen;
- b) Vorschläge der Arbeiter, um diese Probleme zu lösen.

Die Vertreter der Arbeiter trugen über zwei Stunden lang ihre Kritik und Lösungsvorschläge vor. Danach ergriff der Geschäftsführer des Betriebes das Wort, wobei er sich viele der angeführten Kritiken zu eigen machte, auf einige Punkte ausführlich einging und den Arbeitern die zukünftige Planung und die geplanten Projekte des Betriebes zu ihrer Stellungnahme vortrug (Erweiterungen, Wechsel, Änderungen etc.).

Darauf folgte eine kritische und ernsthafte Diskussion. An ihr beteiligten sich alle, sowohl Arbeiter als auch Geschäftsführer.

Die Produktionsziele sind nach Ansicht der Verwaltung zu 65 % erfüllt worden. Die Gewinne des ersten Halbjahres 1982 wurden mit 12 % angegeben.

Welche Bedeutung hatte diese Produktionsversammlung? Es handelte sich um eine gemeinsame Auswertung und Einschätzung über die Lage des Betriebes, an der alle an der Produktion Beteiligten teilnahmen. Eine gemeinsame Selbstkritik der Arbeiter, der Techniker und der Verwaltung, bei der die Fehler beim Namen genannt wurden und die Arbeiter, die sich durch besonderen Einsatz ausgezeichnet hatten, öffentlich für ihre Verantwortungsbereitschaft und ihren Einsatz ausgezeichnet wurden.

Nach der Versammlung interviewten wir Julio Gonzales; Generalsekretär der Betriebsgewerkschaft und Arbeiter in der Instandsetzungsabteilung:

Frage: Gab es vor dem 19. Juli 1979 eine ähnliche gewerkschaftliche Beteiligung wie heute?

Antwort: Ganz und gar nicht. Während der Dynastie Somozas wurden die Arbeiter mittels einer Einschläferungspolitik von Seiten der Fabrikbesitzer manipuliert. Um die Arbeiter von ihren eigenen Interessen abzulenken, wurden sie mit Privilegien und kleinen Geschenken geködert, um ihre Organisierung zu verhindern. Dies führte zu einem allgemeinen Konformismus, der unsere Arbeit sehr erschwert. Wir mußten fast im Untergrund arbeiten...

Während dieser Zeit gehörte die SOLKA der Familie Solorzano, die enge Verbindungen zur somozistischen Regierung unterhielt, von der sie auch Unterstützung zum Bau der Fabrik bekam. Weiterhin war die Schwester des Diktators, Salvador Somoza an SOLKA beteiligt. Nach dem Sieg wurde der Teil, der zu den Somozas gehörte, verstaatlicht, und sechs Monate danach verließen die Solorzanos das Land. Der Betrieb ist heute Teil der volkseigenen Betriebe mit einem 100%igen Kapitalanteil des Staates.

Frage: Gab es in der ersten Zeit nach der Verstaatlichung viele Probleme?

Antwort: Kurz nach der Verstaatlichung gab es einige Arbeiter (diejenigen, die vorher durch die Taktik der Fabrikbesitzer bevorzugt waren), die sich gegen die Revolution stellten. Das war eine schwierige Situation, weil die Arbeiter keine gewerkschaftliche und organisatorische Erfahrung hatten. Dazu kam dann noch eine sehr klassische Sichtweise der Aufgaben einer Gewerkschaft, so wie sie während des Somozismus existierte, und die es ihnen nicht erlaubte, die neue Wirklichkeit richtig einzuschätzen.

Frage: Und wie ist die heutige gewerkschaftliche Situation in der SOLKA?

Antwort: Die gewerkschaftliche Arbeit hat sich wesentlich verbessert. Die Arbeiter haben einen hohen Grad von Bewußtsein und Beteiligung erreicht, und können die allgemeine Lage des Betriebes und die wirtschaftliche Situation des Landes richtig einschätzen. Die heutigen Versammlungen sind sehr verschieden von denen kurz nach dem Sieg. Die Beteiligung der Arbeiter ist sehr positiv und hat bereits zu einigen Verbesserungen geführt, und das auch im Bereich der Produktion. Die Beteiligung der Arbeiter bei schöpferischen Neuentwicklungen (Herstellung von Ersatzteilen aus gebrauchten Teilen, um Devisen für eingeführte Ersatzteile zu sparen) ist sehr bedeutend.

Frage: Könntest Du mir einige konkrete Beispiele für die erzielten Verbesserungen und die Beteiligung der Arbeiter in den letzten Jahren geben?

Antwort: Obwohl nicht alles perfekt läuft, können wir von wirklichen Fortschritten sprechen. Insbesondere auf dem Gebiet der Organisation und der Arbeiterbeteiligung. Es gibt eine Reihe von äußerst wichtigen strukturellen Veränderungen, die die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung des Betriebes festlegen:

Das technische Produktionskomitee. Dieses setzt sich einerseits aus dem Produktionssekretär des Gewerkschaftsvorstandes, zwei im Rotationsverfahren gewählten Arbeitern und aus den für die Produktion verantwortlichen Betriebsdirektoren und allen Technikern des Betriebes zusammen. Das sind insgesamt etwa zehn Personen, die für die Produktion und die Wirtschaftlichkeit der Fabrik verantwortlich sind.

Das betriebliche Leitungskomitee. An diesem sind der Generalsekretär der Gewerkschaft, zwei im Rotationsverfahren gewählte Arbeiter und die fünf Direktoren der Firma beteiligt, unter ihnen auch der Generaldirektor. Wir diskutieren alle ernsten und allgemeinen Probleme des Betriebes und bringen auch die Meinungen und Vorschläge der Arbeiter ein. Wir werten die Produktionsziele und -pläne sowie Verkäufe aus und reden über den Einfluß, den die Wirtschaftspolitik der Regierung auf unsere konkrete Realität hat. Wir achten darauf, daß die Arzneimittelproduktion und damit die Versorgung unserer Bevölkerung mit den so wichtigen Medikamenten nicht beeinträchtigt wird.

Daneben gibt es andere wichtige Komitees. Da ist das Produktionskomitee, das zum Beispiel für die Vorbereitung der Produktionsversammlung, die wir gerade beendet haben, zuständig ist, und in dem nur die Arbeiter der verschiedenen Abteilungen vertreten sind. Die Arbeiter bringen Schwierigkeiten und Probleme vor und machen Vorschläge zu deren Überwindung. Die Vertreter geben die Vorschläge und Kritiken weiter an das Produktionskomitee, von wo sie dann an das technische Produktionskomitee weitergeleitet werden.

Vom Betrieb wird keine Entscheidung getroffen, ohne daß sie vorher dem Gewerkschaftsvorstand unterbreitet wird, der sein Einverständnis geben muß. Der Gewerkschaftsvorstand verfügt über eine reale Autorität.

Ein weiterer wichtiger organisatorischer Erfolg ist der Einsatz der Milizen zum

Schutz und zur Verteidigung des Betriebes. Der Betrieb wird von der Miliz Tag und Nacht bewacht. Unter den Arbeitern gibt es 53 Milizangehörige und sechs, die in Reservebataillonen integriert sind (alle Milizangehörigen sind freiwillig und in ihrer Freizeit, unbezahlt, in die Miliz integriert).

Fortschritte auf einem anderen Gebiet verdanken wir der von der Regierung vorangetriebenen Politik der Reallohnherhöhung, obwohl es zur Zeit keine eigentliche Lohnherhöhungen gibt... Der Betrieb übernimmt wichtige Leistungen wie zum Beispiel die Kosten für die medizinische Betreuung der Arbeiter, den Transport, das Essen etc. Die Arbeiter bezahlen lediglich 1.50 Cordobas.

Frage: Auch unter den heutigen neuen Verhältnissen kann man sich leicht vorstellen, daß es Widersprüche zwischen den Arbeitern und den höheren Angestellten und Technikern gibt?

Antwort: Das ist eine interessante Frage. Es gab viele Probleme. Kurz nach dem Sieg der Revolution haben viele Techniker das Land verlassen, weil sie mit dem Fabrikdirektor unter einer Decke steckten. Einige andere verhielten sich opportunistisch und versteckten unter einem sandinistischen Mäntelchen ihre ablehnende Haltung. Es ist natürlich klar, daß die Fachleute und höheren Angestellten früher gegenüber den Arbeitern viele Vorteile hatten, und daß sie nun von einer Gleichstellung, das heißt vor dem Verlust ihrer Privilegien Angst haben. Deshalb gab es anfangs Auseinandersetzungen und einige mußten auf den Druck der Arbeiter hin gehen. In der Zeit, als mir die Leitung der Gewerkschaft übertragen wurde, haben es die Fachleute und höheren Angestellten noch nicht für nötig gehalten, an den Versammlungen teilzunehmen. Wir haben uns dann mit ihnen zusammengesetzt und versucht, ihnen die neue Wirklichkeit zu erklären. Wenn wir die heutige Situation betrachten, dann ist sie im großen und ganzen gut.

Später kamen in die Fabrik auch neue, revolutionäre Fachleute und Techniker. Das hat die Beteiligung in allen Produktionsbereichen entscheidend verbessert.

Schuhfabrik SECALSA (staatlich)

(Bericht vom Sommer 1983, mit freundlicher Genehmigung entnommen aus Monimbo Nr. 7, 1/84)

In Nicaragua gibt es eine Fülle von demokratischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bevölkerung.,

Betriebsversammlungen sind ein Beispiel dafür. Nicaragua zwingt uns, sich von der Vorstellung zu lösen, daß Demokratie nur in Parlamenten und bei Wahlen stattfindet. Wie sich die Probleme der Produktion konkret darstellen, wie sich das Selbstbewußtsein der Arbeiter langsam entwickelt und wie so allmählich die Voraussetzungen entstehen, daß die Produzenten auch die wirtschaftliche Macht übernehmen können, wollen wir am Beispiel der staatlichen Fabrik SECALSA illustrieren.

Auf der Betriebsversammlung wurden die Probleme in einer sehr lebhaften Diskussion zwischen dem Betriebsleiter und den Beschäftigten angesprochen, die unmittelbar auf den Geschäftsbericht des Betriebsleiters folgte:

Arbeiter: Unser eigener Anspruch ist es, gute und billige Schuhe herzustellen, damit hauptsächlich die Mehrheit der Bevölkerung für wenig Geld gute Qualitätsschuhe

kaufen kann und um damit auch Maßstäbe für die privaten Schuhhersteller zu setzen.

Tatsächlich stellen wir aber nur sehr mittelmäßige Ware her. Außerdem gibt es ein Phänomen in der Vermarktung. Die Schuhe, die bei uns als Schuhe 2. Wahl herausgegeben und mit 20 % Preisnachlaß verkauft werden, erscheinen auf dem Markt in Masaya dann mit 100 % Preisaufschlag. Schuhe, die wir für 170 Cordobas zum Beispiel verkaufen, werden dort für 500 Cordobas angeboten. Wir Arbeiter arbeiten für wenig Geld, strengen uns an, damit sich einige wenige Händler auf dem Markt bereichern und den Armen, die Schuhe brauchen, das Geld aus der Tasche ziehen.

Damit wird der Bevölkerung geschadet. Diese Politik muß sofort beseitigt werden. Ich schlage deshalb vor, daß wir ab sofort nur an die Tiendas Populares (Volksläden) und an die betriebseigenen Läden der Fabriken verkaufen, und daß über die Gewerkschaft bei uns und die Gewerkschaft der Fabriken, die die Schuhe bekommen, kontrolliert wird.

Ich kenne Beispiele von Gewerkschaften, wie die der Coca-Cola, die zu SECALSA kamen, um dort Schuhe für ihre Arbeiter einzukaufen, aber es wurde ihnen gesagt, daß es zur Zeit keine verfügbaren Schuhe gäbe – zur gleichen Zeit aber tauchen Schuhe von uns auf dem Markt auf.

Für wen arbeiten wir eigentlich? Für die Arbeiter, die Mehrheit der Bevölkerung oder für einige wenige, die sich auf unsere Kosten bereichern?

Betriebsleiter: Das stimmt, so etwas ist vorgekommen. Wir werden in Zukunft eine Neuorientierung der Verkaufspolitik vornehmen: Ein Teil der Produktion geht an den EPS (Militär), weil aufgrund der Aggression die Nachfrage nach Stiefeln für die Milizangehörigen sehr hoch geworden ist, der andere Teil geht an Institutionen und wird dort über betriebseigene Läden verkauft, und ein weiterer Teil wird frei verkauft.

Wir können aber nicht den freien Verkauf ganz einstellen, weil es notwendig ist, Verkaufskanäle für die künftige Produktion offenzuhalten. Wenn wir jetzt nichts mehr dahin verkaufen, wird man uns später auch nichts mehr abnehmen.

Arbeiter: Wir verarbeiten zur Zeit für die Schuhspitzen Segeltuch, das führt dazu, daß die Schuhe sehr schnell kaputt gehen.

Betriebsleiter: Stimmt, die Schuhe, die wir zur Zeit herstellen, sind von sehr schlechter Qualität. Das ist durch die Kriegssituation bedingt, durch die ökonomischen Schwierigkeiten, die wir deshalb haben. Das ist gerade jetzt besonders schlimm, denn wir können den Milizangehörigen nicht guten Gewissens diese Schuhe anbieten. Sie brauchen gute und haltbare Schuhe, weil sie unter extremen Bedingungen arbeiten müssen. Es bringt ihnen gar nichts, wenn sie mit unseren Schuhen herumlaufen, die an der nächsten Ecke kaputtgehen, sich in nichts auflösen. Wir versuchen deshalb, mit Kuba zu verhandeln, um guten Karton für die Schuhspitzen zu kaufen.

Ihr habt recht. Wir haben eine Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber, ihr müssen wir garantieren, daß der jetzige Zustand aufhört, der darin besteht, daß wir unsere Schuhe für die Landarbeiter in Matagalpa für 500 Cordobas wiederfinden. Es geht einfach nicht, daß die Hälfte eines Monatslohns für Stiefel draufgeht, die dazu noch von schlechter Qualität sind.

Arbeiter: Welche Möglichkeiten gibt es, Ersatz zu bekommen?

Betriebsleiter: Die Instandsetzungs- und Wartungsabteilung hat sehr wenig Geld, es arbeiten zu wenig und zu schlecht ausgebildete Kollegen dort.

Wir haben uns überlegt, daß die Wartung der Maschinen entscheidend verbessert werden muß. Das heißt insbesondere, daß wir von der nur reparierenden Wartung zur vorbeugenden übergehen, daß wir einen Wartungsplan aufstellen werden, nach dem die Maschinen regelmäßig überprüft werden.

Arbeiter: Wieso hat sich die Verwaltung Aicondition eingebaut, während wir Arbeiter in den Fabrikhallen vor Hitze fast umkommen? Wie kommt Ihr dazu, zuerst in den Büros bessere Belüftung einzubauen, statt bei uns in den Fabrikhallen?

Außerdem sind wir alle davon überzeugt, daß Kosten gespart werden müssen. Wieso wird für den Einbau der Belüftungsanlagen in den Büros extra jemand von außerhalb des Betriebes verpflichtet, statt die Umbauten von unseren Technikern vornehmen zu lassen, was erheblich billiger gewesen wäre?

Betriebsleiter: Für die Belüftungsanlagen in den Fabrikhallen muß eine gesonderte Studie angefertigt werden. Diejenigen, die während des Somozismus die Fabrik gebaut haben, haben nicht auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter geachtet.

So liegt SECALSA zum Beispiel drei Meter unterhalb des Niveaus der Landstraße, die an der Fabrik vorbeiführt. Deshalb wird jeder Luftstrom abgeblockt und es entsteht eine unmenschliche Hitze in den Hallen. Die Studie ist bereits im Auftrag, weil aber sehr weitgehende bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen, um die klimatischen Bedingungen zu verbessern, muß vorher genau studiert werden, welche Möglichkeit auch langfristig die beste ist. Weil das der problematischste Einbau war, wurden die Klimaanlagen für die Büros vorgezogen.

Arbeiter: Meine Frage nach dem Grund für die Bestellung eines betriebsfremden Technikers...

Betriebsleiter: Ach so. Es ist deshalb jemand betriebsfremdes eingestellt worden, weil die Instandsetzungs- und Wartungsabteilung sowieso schon hoffnungslos überbelastet ist, wir konnten deshalb nicht noch jemanden abziehen, weil das die Situation der Abteilung noch weiter dramatisiert hätte.

Arbeiter: Es ist eine bessere Planung notwendig, vor allem in der Lagerung der fertigen Schuhe. Die fliegen dort rum, niemand hebt sie auf, niemand weiß, über was er da rumtrampelt.

Zwischenbemerkung der Betriebsleitung: Wieviele Fragen gibt es noch, wir sind jetzt am Ende der vorgesehenen Zeit?

Antwort: Keine Angst, wir haben sehr viel Zeit und ein Dach über dem Kopf, wir fragen solange, bis wir alle Fragen beantwortet bekommen haben. Hier gibt es nämlich "Volksmacht", "Poder Popular".

Arbeiter: Wir haben zu wenig Schachteln, um die Schuhe einzupacken. Es ist notwendig, mehr zu kaufen, damit die Produktion nicht gestoppt wird.

Betriebsleiter: Wir brauchen nicht mehr Schachteln, sondern wir müssen die vorhandenen bessern nutzen.

Arbeiter: Warum müssen nur die Arbeiter die Stechuhr drücken, wenn sie anfangen

zu arbeiten und wenn sie weggehen? Warum gibt es in der Verwaltung keine Stechuhr? Sind sie etwas Besseres oder was?

Andere Frage: Wir, die Arbeiter, kaufen Schachteln, damit die Schuhe eingepackt und geschützt werden; wir sehen aber immer wieder Schuhe rumfliegen, sehen, daß mit den Rohstoffen nicht sorgsam genug umgegangen wird. Niemand bückt sich, wenn er sieht, daß Schuhe oder Kleber herumfliegen. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch dann etwas aufzuheben, wenn uns niemand sieht. In diesen Schuhen steckt unsere Arbeit, und die Schuhe werden von der Bevölkerung gebraucht.

Betriebsleiter: Stimmt, wir müssen alle aufpassen, damit sich diese Situation verbessert, nicht nur die Abteilungsleiter, das ist Aufgabe von uns allen.

Zwischenruf: Und die Stechuhr?

Betriebsleiter: Die Verwaltung hat keine festen Stunden, weil die Arbeit anders geartet ist. Deshalb kann man die Funktionäre nicht dazu zwingen, Stechuhr zu drücken.

Hähnchenfarm TIP-TOP (privat)

(Bericht von R. Karges und W. Schlienz vom Sommer 1982 über ein Gespräch mit Lenin Pacheco, CST-Gewerkschafter)

Lenin Pacheco ist 35 Jahre alt und wurde mitten in die somozistische Diktatur hineingeboren. Sein Großvater gab ihm mit seinem Vornamen "Lenin" den Widerstandsgespräch mit in die Wiege. Jeder Behördengang während des Somozismus endete gewöhnlich mit der Androhung einer Gefängnisstrafe oder mit der Forderung nach Schmiergeld, weil sich die Somozisten weigerten, Bescheinigungen auf den Namen "Lenin" auszustellen.

Heute arbeitet Lenin in der Hähnchenfabrik TIP-TOP im Landkreis Masaya in der Verkaufsabteilung. Er ist aktiver Gewerkschafter und Finanzbeauftragter der sandinistischen Gewerkschaftszentrale in Masaya.

Auf Einladung des Ortskantells Dietzenbach, "Verein Monimbo", besuchte er zum 1. Mai 1983 Dietzenbach.

TIP-TOP, der Betrieb, in dem Lenin arbeitet, ist in privatem Familienbesitz. Ein Teil der Familie hat sich nach dem Sieg der Sandinisten in die Vereinigten Staaten abgesetzt. Ein kleinerer Teil befindet sich noch in Nicaragua und führt die Geschäfte des Betriebes.

In TIP-TOP werden 80 % aller Hähnchen, die in Nicaragua konsumiert werden, gezüchtet und geschlachtet. Ein großer Teil des nationalen Fleischkonsums ist deshalb von dem Betrieb abhängig.

Als kurz nach dem 19.7.1979 die neugebildeten Gewerkschaften begannen, die nicaraguanischen Betriebe gewerkschaftlich zu organisieren, entschieden sich die Arbeiter und Angestellte von TIP-TOP in einer Vollversammlung einstimmig für ihre Organisierung in der CST (Central Sandinista de Trabajadores), der sandinistischen Gewerkschaftszentrale. 90 % aller Beschäftigten sind jetzt in der CST organisiert.

Die Tatsache, daß von TIP-TOP in großem Umfang die nationale Fleischversorgung abhängt, hatte wichtige Konsequenzen für die Politik der Betriebsgewerkschaft: Der Betrieb mußte auf jeden Fall erhalten bleiben!

Die CST sah es deshalb als ihre Aufgabe an, die Arbeiter davon zu überzeugen weiterzuproduzieren, und daß Lohn- und Gehaltsforderungen nur in geringem

Umfange gestellt werden können und auf keinen Fall dazu führen dürften, daß die Fabrik geschlossen werden müsse.

Die Arbeiter mußten lernen, nicht nur ihr eigenes kurzfristiges Interesse zu befriedigen, sondern bei ihren Forderungen auch die Gesamtsituation des Landes miteinzubeziehen. Ein wichtiger Faktor bei dieser Einschätzung war die Sicherung der nationalen Fleischversorgung:

– Ein Pfund Hühnerfleisch kostet 9.50 Cordobas (10 Cordobas = 1DM). Ein Pfund Rindfleisch kostet aber 24 Cordobas. Hühnerfleisch ist deshalb vor allem für große Bevölkerungsteile sehr viel eher erschwinglich. Außerdem ist Rindfleisch relativ knapp, weil während des Befreiungskrieges sehr viel Vieh geschlachtet wurde. Unter anderem fast der gesamte Zuchtviehbestand.

Rindfleisch spielt auch für den Export eine wichtige Rolle, weil es gegen Devisen ins Ausland exportiert wird. Und Devisen sind ungeheuer wichtig für den Wiederaufbau des Landes.

An dieser Stelle setzte eine heiße Diskussion ein. Für uns in der BRD klingt es sehr fremd, wenn eine Gewerkschaft gegen Streiks und Lohnforderungen eintritt. Für uns hat diese Einstellung den Geruch von: "Wir sitzen alle in einem Boot", von einer Politik "vorgeblich gemeinsamer Interessen", die aber tatsächlich nur den Interessen der Unternehmer nützt.

Lenin erklärte anhand einiger Beispiele die Politik der Unternehmer: Seit dem Sieg der Revolution versuchen die Unternehmer, die Wirtschaft des Landes zu schwächen. Das hat zum Ziel, die sandinistische Regierung zu stürzen und selbst die Macht zu übernehmen. Viele Kapitalgruppen, die zum Sturz Somozas beigetragen haben, indem sie das Bündnis von Volk, Sandinisten und Kapital mittrugen, hatten die Hoffnung, daß sie selbst nach Somozas Sturz die Macht übernehmen könnten. Diese Hoffnung wurde durch die überwältigende Unterstützung der Bevölkerung für die FSLN zunichte gemacht. Deshalb ist jetzt die Strategie der Opposition, die Wirtschaft des Landes zu schwächen, keine Erfolge der Regierung zuzulassen und das Land in ein wirtschaftliches Chaos zu stürzen.

Nach dem Sieg gab es Beispiele von Betriebsbesitzern, die selbst Streiks unterstützen, um unmäßig hohe Lohnforderungen von 100 % durchzusetzen. Oder andere Beispiele von Unternehmern, die den gesamten Gewinn an die Arbeiter verteilen, um einerseits keine Steuern zahlen zu müssen und andererseits nichts zu investieren oder keine neuen Maschinen anschaffen zu können.

Frage: Wenn Streiks nicht erlaubt sind, welche Möglichkeiten haben denn die Arbeiter überhaupt, ihre Forderungen durchzusetzen?

Antwort: Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, Forderungen durchzusetzen. Streik ist die allerletzte Möglichkeit. Zuerst wird verhandelt. Gehen die Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter nicht sofort ein, gibt es die Möglichkeit, zum Arbeitsministerium zu gehen. Dort gibt es eine Abteilung, die für Streitfälle zuständig ist.

Frage: Und wenn das Arbeitsministerium nicht im Interesse der Arbeiter entscheidet?

Antwort: Gut, dann gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, Druck auszuüben. Das geht über die Gewerkschaften, die verschiedenen Basisorganisationen, über die Basisorganisationen des Arbeitsministeriums zum Beispiel auch.

Nehmen wir ein Beispiel. Wir haben jetzt gerade die Forderung gestellt, daß uns die Betriebsbesitzer die Bücher offenlegen, damit wir eine stärkere Kontrolle über den Betrieb ausüben können. Lehnt die Gruppe der Besitzer das ab, gehen wir zum

Arbeitsministerium. Von dort bekommen wir bestimmt Unterstützung, weil es im Interesse der Revolution ist, wenn wir darüber wachen, daß der Betrieb nicht entkапitalisiert wird.

Das Arbeitsministerium fällt dann seine Entscheidung. Und damit haben wir die Möglichkeit, Einsicht in die Bücher zu nehmen. Sollten uns die Unternehmer die Einsicht trotz Urteil verweigern, gibt es auch die Möglichkeit, den Betrieb zu besetzen.

Aber es ist wichtig zu verstehen, daß wir dann den Betrieb besetzen, jedoch in keinem Fall die Produktion stoppen würden. Es würde dann in dem besetzten Betrieb weiterproduziert. Es kann nämlich nicht zugelassen werden, daß die Bevölkerung kein Fleisch bekommt, weil wir streiken. Wir müssen Verantwortung gegenüber den Gesamtinteressen haben.

Wir haben schon einmal den Betrieb besetzt, als die Unternehmer einen Abteilungsleiter einstellen wollten, von dem wir wußten, daß er gegen die Interessen der Arbeiter voreingenommen ist. Wir haben damit erzwungen, daß er nicht eingestellt wurde. Aber wir haben während der Besetzung voll weiterproduziert. Das ist wichtig.

Es gibt noch einen wichtigen Unterschied zur Bundesrepublik: Die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen, die Polizei und das Heer sind hier vom Volk kontrolliert. Das heißt, daß uns im Fall einer Auseinandersetzung mit den Fabrikbesitzern auch die Medien unterstützen würden. Wir brauchen in keinem Moment Angst zu haben, daß in den Zeitungen Stimmung gegen uns gemacht wird. Im Gegenteil, wir können die Zeitungen und Kommunikationsmittel benützen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Und hier wird auch nie die Polizei kommen, um uns aus der Fabrik zu vertreiben. Die Polizei und das Heer werden im Gegenteil uns unterstützen.

Reparaturbetrieb für Landwirtschaftsmaschinen NIMAC (privat)

(Bericht des Instituto Historico von Anfang '82, mit freundlicher Genehmigung entnommen aus Envio 14, 8/82)

Wegen des in Nicaragua bestehenden Systems der gemischten Wirtschaft gibt es hier eine große Anzahl von Privatbetrieben. Wir haben "Nicaragua Machinery Company", die auf der nördlichen Landstraße Managuas (Kilometer 7) liegt, besucht. Hier werden landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge (Traktoren der Firma John Deere) weiterverkauft und repariert. Die jetzigen Eigentümer sind Nicaraguaner.

In dem Betrieb arbeiten 184 Arbeiter, von denen 140 Mitglied der Betriebsgewerkschaft "Ricardo Membreno" sind. Das ist der Name eines Arbeiters der NIMAC, der während des Volksaufstandes im Kampf umkam. Diese Gewerkschaft wurde kurz vor dem Sieg der Revolution im Untergrund gegründet. Später erhielt sie ihre rechtliche Anerkennung und schloß sich der sandinistischen Gewerkschaftszentrale – CST – an.

Wir sprechen mit dem Beauftragten der Milizen, Pablo Sanchez, dem Beauftragten für Propaganda und Kultur, Bismark Colomer, einem Mitglied des Basiskomitees der FSLN (betriebliche Organisation der FSLN), Sergio Perez, und einem Arbeiter, Miguel Jarquin.

Frage: Wie war die gewerkschaftliche Aktivität in der NIMAC vor dem 19. Juli?

S. Perez: Mit Unterstützung von 50 % der Arbeiter wurde Anfang 1979 der Gewerkschaftsvorstand gebildet. Die Organisation wurde aber von der Verwaltung

bekämpft. Aber wir arbeiteten weiter, und nach dem Sieg integrierten sich 80 % der Arbeiter in die Gewerkschaft.

P. Sanchez: Der Generalbevollmächtigte der Firma, Jose Cardenal, hat vor dem Sieg die Arbeiter gedemütigt und unterdrückt. Der Geschäftsführer der Ersatzteilabteilung, Paul Giordano, ein Nordamerikaner, war ein anderes Musterbeispiel für brutale Unterdrückung. Bis 1979 wurde alle zwei Wochen 10 bis 15 Arbeitern gekündigt. Als der gesamten Gewerkschaftsführung gekündigt wurde, haben wir eine Woche lang gestreikt. Der politische Druck der Arbeiter führte 1980, nach dem Sieg, dazu, daß beide, Cardenal und Giordano, die Firma verlassen mußten.

Frage: Wenn man die gewerkschaftlichen Aktivitäten nach dem Sieg mit der repressiven Situation vorher vergleicht, welches sind die wichtigsten Erfolge der letzten drei Jahre?

M. Jarquin: Es hat nach dem 19. Juli 1979 große Erfolge gegeben. Der erste war die Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Arbeit. Auch die Abschaffung von korrupten und repressiven Zuständen, die völlig negativ für die Arbeiterklasse waren. Der größte Teil der Arbeiter ist jetzt Mitglied der Gewerkschaft und nimmt aktiven Anteil an der Revolution. Auf den regelmäßig stattfindenden Versammlungen wird alles diskutiert, und die Arbeiter beteiligen sich aktiv in der Gewerkschaft und geben ihre Auffassungen kund. Sie haben sich von dem Komplex befreit, der sie früher unterdrückt hielt.

B. Colomer: Außerdem haben wir erreicht, daß die Firma die Fahrtkosten trägt (100 % für die Arbeiter in Managua, 50 % für diejenigen, die außerhalb wohnen). Alle sechs Monate gibt es neue Arbeitsuniformen für die Arbeiter, die sie nach ihrem Geschmack auswählen können. Das Essen wird zu 60 % von der Firma bezahlt. Eine Bibliothek mit einer Reihe unterschiedlicher Bücher wurde gefordert und von der Firma eingerichtet. Einen Versammlungsraum für die Gewerkschaft gibt es jetzt auch, und täglich steht während zwei Stunden ein Arzt zur medizinischen Betreuung zur Verfügung. Die Medikamente bekommen wir über das INSSBI (Instituto Nicaraguense de Seguridad Social y Bienestar). Die Arbeiter haben außerdem an der Alphabetisierungskampagne teilgenommen. Das Wichtigste war aber der Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages, der 48 Punkte enthält, die alle den Interessen der Arbeiter entsprechen. Einige Teile dieses Abkommens werden jetzt noch einmal neu überarbeitet.

Frage: Wie ist die augenblickliche Beziehung zwischen den Besitzern, der Betriebsleitung und der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiter?

B. Colomer: Der gesamte Gewerkschaftsvorstand trifft sich wöchentlich, entsprechend einem mit der Firmenleitung abgesprochenen Plan. Dort wird alles diskutiert, und wir haben auch Zugang zu den Geschäftsbüchern der Firma. In den Werkstätten haben wir uns für eine Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung entschieden, um die Produktion zu steigern. Gleichzeitig mit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisierung haben wir gute Methoden erarbeitet, um die Betriebskosten zu überwachen und damit zu senken. Der Verwaltung machen wir Vorschläge, um die Spannungen in Grenzen zu halten, denn es gibt "Höhen" und "Tiefen" in der Beziehung zwischen ihr und den Arbeitern.

P. Sanchez: In den letzten Tagen hat es einen Konflikt gegeben. Obwohl der wirtschaftliche und soziale Notstand im Land ausgerufen worden ist, hat die Firma drei Autos für 24 000 Dollar in den Vereinigten Staaten bestellt. Vorher hat sich aber die gleiche Firma gegen den Bau einer Kantine für die Arbeiter ausgesprochen, die 50 000 Dollar (500 000 Cordobas) kosten sollte. Dabei hat sie sich auf den

wirtschaftlich-sozialen Notstand berufen. Jetzt werden wir die Entscheidung über den Kauf der Fahrzeuge mit der Betriebsleitung diskutieren, denn die Gewerkschaft wurde dazu nicht befragt.

Anmerkung: Auf den organisatorischen Aufbau der Gewerkschaft gehen wir hier nicht mehr ein, weil er dem der SOLKA ziemlich ähnlich ist.

Demokratisierung der CST

(Interview mit Francisco Gonzales, Verantwortlicher für internationale Beziehungen beim Exekutivsekretariat der CST. Das Gespräch führte Sergio Ferrari vom Instituto Historico Centroamericano.)

Frage: Wenn man die CST von kurz nach dem 19. Juli mit der CST nach der konstituierenden Versammlung vergleicht, kann man da von einschneidenden Veränderungen reden? Was bedeutet für dich als Mitglied der nationalen Leitung der durchlaufene Prozeß?

Antwort: Man merkt zum Beispiel folgendes: die Situation, ein von oben nach unten aufgebauter Bund zu sein, drückt den Führenden manchmal einen bürokratischen, befehlsmäßigen Stil auf. Jetzt ist dieser Stil in Frage gestellt. Die Gewerkschaftsbasis widerspricht und bezieht Positionen, die sie für richtig hält. Die Versammlung hat der Basis kämpferisches Bewußtsein zu bilden ermöglicht, was die Teilnahme an der organisatorischen Meinungsbildung angeht. Sie hat ein Glied mehr für die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Gewerkschaft dargestellt. Es ist beinahe wie eine Neugeburt der CST. Nun haben wir eine CST mit mehr innerem Leben und einer demokratischen Funktionsweise von unten nach oben. Das ist ungefähr die qualitative Veränderung.

Frage: Als der Demokratisierungsprozeß begann, hatte da das nationale Sekretariat nicht ein bißchen Angst, daß der Prozeß ihm als völlig neue Erfahrung "aus den Händen gleiten" könnte?

F. Gonzales: Es gab schon einige Diskussionen. Ich würde zwar nicht von Angst sprechen, aber wir waren uns der großen Verantwortung bewußt, die wir besaßen. Ich meine unsere Verantwortung, Fragen vorherzusehen, die die Situation statt zu verbessern verschlechtern könnten. Jedoch die Haltung der Arbeiter selber, ihr Druck, zeigte uns, daß die gewisse Enge, der wir verhaftet waren, notwendigerweise geändert werden mußte, damit die Arbeiter mehr Leben in die Gewerkschaftsarbeit bringen können. Heute hat die Basis die Gewißheit, daß es einen Nationalrat gibt, der die großen Fragen und die Arbeit der nationalen Exekutive verfolgt. Ebenso gibt es Bezirksräte, die die Bezirksexekutiven kontrollieren, es gibt eine Nationalversammlung, die dem nationalen Rat und der Exekutive auf die Finger schaut. Das heißt, es gibt eine Dynamik, die sich darauf stützt, daß übergeordnete Organe von der Basis gewählt sind. Das zwingt die Vorstandsmitglieder und Organe, bewußter zu arbeiten. Und in gewissem Sinne werden der Rat und die Versammlung nach und nach zum organisatorischen Ausdruck der arbeitenden Klasse auf nationaler Ebene.

Meiner Meinung nach ist es das Wichtigste, daß die nationale Exekutive der Klasse tatsächlich entspricht. Was aber gab es vorher an Möglichkeiten, etwas in Frage zu stellen? – Ein bißchen ging das über die Bezirksstrukturen..., aber jetzt geht es klarer und wirksamer. Vorher wies die nationale Exekutive alles zurück, wenn wir auf etwas nicht eingehen wollten. Aber jetzt müssen wir vor dem Rat und der

Versammlung Rede und Antwort stehen, weil sie die Gewerkschaftsbasis vertreten und die entsprechende Autorität besitzen.

Einige Gewerkschaftsführer hatten anfangs Schwierigkeiten mit der Idee, in Frage gestellt zu werden. Die anderen verstanden, daß es wirklich wichtig ist, von der Basis in Frage gestellt zu werden; deswegen hatten wir keine Angst. Wenn wir dem Rechnung tragen, bleiben wir. Wenn nicht, gehen wir.

Frage: Mußte die CST als Massenorganisation, die die FSLN als Avantgarde unseres Prozesses anerkennt, diese konsultieren oder grünes Licht erhalten, um diesen Demokratisierungsprozeß in Gang zu setzen?

Antwort: Die Sandinistische Zentrale (CST) ist sandinistisch, weil sie die FSLN als Avantgarde der Volksrevolution achtet und anerkennt. Aber die CST ist eine Organisation der Massen und wir (das heißt der Nationalrat und die nationale Exekutive) tragen dem in unserer Arbeit Rechnung. Die FSLN begrüßte die konstituierende Nationalversammlung und nahm durch eines ihrer Mitglieder teil. In dem Moment der Teilnahme ist klar, daß die FSLN die Nationalversammlung gutheißen.

Frage: Könnte man sagen, daß die Demokratisierung dann eine doppelte Legitimation besaß, durch die Basis und durch die FSLN?

Antwort: Ja, ich denke schon.

Schrott zu neuem Leben erwecken – Arbeitererfinder in Nicaragua
(Bericht von R. Karges und W. Schlienz, entnommen aus "Wechselwirkung" 16, 2/83)

"Während des Somozismus waren wir Sklaven. Jetzt, nach dem Sieg der Revolution, müssen wir hart arbeiten. Aber wir haben Gelegenheit zum Denken, was man uns in der Vergangenheit nicht erlaubt hat."

Maximo Reyes Zavala, 40 Jahre, Arbeiter aus der Holzfabrik Plywood, Tipitapa, Nicaragua.

Die aktuelle Politik der finanziellen Austrocknung Nicaraguas durch die USA zeigt Wirkung. Vor diesem Hintergrund gewinnt eine Bewegung kreativer Arbeiter zunehmend größere Bedeutung: die Inovadores oder Arbeitererfinder.

Wirtschaftsboykott der USA

Anfang des Jahres 1981 begann die neue US-amerikanische Regierung des Präsidenten Reagan, ihr Wahlversprechen gegenüber Nicaragua einzulösen: Streichung von bereits zugesagten Krediten; keine neuen Geld- und Materialhilfsangebote zum Aufbau des zerstörten Landes.

Das Zudrehen des Kredithahns machte sich bald bemerkbar. Ersatzteile für Maschinen und Autos wurden knapp. Rohstoffe für die industrielle Fertigung für die fast 100%ig von Importen abhängige Industrie konnten nicht mehr in ausreichendem Maße im Ausland eingekauft werden. Kurzarbeit und Betriebsschließungen waren die Folge.

Arbeiterkreativität gegen Fabrikschließungen

Innerhalb dieses düsteren wirtschaftlichen Panoramas begann sich Anfang des Jahres eine Bewegung zu bilden, die in der Folgezeit sehr viel publizistische Aufmerksamkeit gewidmet wurde: die Inovadores. "Als wir gemerkt haben, daß die Versorgung mit Ersatzteilen für unseren Betrieb schwierig wurde, haben wir angefangen, selbst welche zu produzieren", sagte Rodolfo Canales Calderon aus dem Betrieb "Productos Sanitarios" in Managua, einer Firma, die Papierwaren herstellt. "Das war nicht leicht. Wir haben ziemlich lange rumexperimentiert, bis wir die Maschine zum Schweißen der Plastiktüten, in die wir unsere Produkte einpacken, zusammen hatten. Doch sie hat uns nur den vierten Teil einer neuen aus den USA gekostet." Für den Bau der Maschine haben die Arbeiter Teile und einen Motor benutzt, die sie im Schrott lager der Fabrik fanden.

Aus der Notwendigkeit heraus, aktiv zur Überwindung der Krise beizutragen, haben die Inovadores

- Ersatzteile und Maschinen aus Schrottmaterial hergestellt;
- angeblich wertlose Anlagen und Geräte wieder instandgesetzt;
- Teile und Apparate im Inland hergestellt, die früher aus dem Ausland importiert wurden;
- fertigungstechnische Verbesserungen durchgeführt, die die Qualität und die Quantität der Produktion erhöht haben.

Dazu die folgenden Beispiele:

- In der Tonwarenfabrik CERISA wurden die Maschinen von der Belegschaft so umgebaut, daß bis zu 85 % einheimischer Ton verarbeitet werden kann. Dieser Ton wurde vorher vollständig aus den Vereinigten Staaten bezogen. Monatliche Einsparung: 350 000 Dollar.
- In der Kaffeefabrik EL MEJOR konstruierte der Arbeiter Genaro Rivas ein Förderband für Kaffeesäcke. Aus herumliegenden, nicht mehr benutzten Teilen baute der gleiche Arbeiter eine Kakaobohnenschälmaschine. Bisherige Deviseneinsparung: ca. 20 000 Dollar.
- Zusammen mit kubanischen Technikern machten die Arbeiter der ehemaligen Zuckerkfabrik JAVIER GUERERRO aus einem großen Schrotthaufen wieder eine voll funktionierende Fabrik.
- In der Sperrholzfabrik PLYWOOD entwickelte ein Arbeiter ein Schleifbandschutzmittel, das die mehrmalige Benutzung der Bänder und eine beträchtliche Devisensparnis möglich macht. Früher mußten die Schleifbänder nach einmaligem Gebrauch weggeschmissen werden.
- Arbeiter der staatlichen Nahrungsmittelorganisation ENABAS entwickeln eine Körnertrockenmaschine, die mit Holzfeuer und nicht wie üblich mit Benzin oder Strom betrieben wird. Dadurch werden Devisen für die Ölimport eingespart.
- Die Arbeiter der nationalen Batteriefabrik bauen eine Batterie für Motorräder nach, die mehr als 30 % billiger als die importierte ist und dem Land jährlich 50 000 Dollar an Devisen spart.
- In der staatlichen Metallwarenfabrik INCA in Masaya, in der 450 Arbeiter Nägel, Draht und Bleche herstellen, werden bereits 75 % der Ersatzteile in der betriebseigenen Werkstatt hergestellt. Früher waren es lediglich um die 30 %. Spannhaken, die von der staatlichen Telefongesellschaft früher importiert wurden, werden jetzt von den Arbeitern im Land hergestellt.
- In der Textilfabrik FANATEX, einer Fabrik mit über 1 000 Arbeitern in Managua, reparieren die Arbeiter einen Webstuhl, der seit 11 Jahren unbenutzt herumstand.

Unterstützung durch die Gewerkschaft

Die sandinistische Gewerkschaft, die mitgliederstärkste in Nicaragua, hat die Inovadores aus der Abgeschiedenheit der Betriebe herausgeholt, ihre Arbeit bekannt gemacht und versucht, ihnen organisatorische Unterstützung zu geben. Die CST geht davon aus, daß durch die Unterstützung der Inovadores die Folgen der schweren Wirtschaftskrise zumindest gelindert werden können.

"Dabei ist die Bewegung der Inovadores eigentlich keine Erfindung der Revolution", sagt Lucio Jimenez, der Generalsekretär der sandinistischen Gewerkschaft. "Inovadores gibt es bereits seit vielen Jahren. Nur haben die Kapitalisten die schöpferische Kraft der Arbeiter immer ausgebeutet, um ihre Profite zu erhöhen." Doch das Interesse der Arbeiter, ihre kreativen Fähigkeiten in den Dienst der Betriebe zu stellen, sei im Vergleich zu heute damals sehr gering gewesen.

Im neuen Nicaragua hat sich die Situation der Arbeiter radikal verändert. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verfügen sie über eigene starke gewerkschaftliche Organisationen, gewerkschaftliche Freiheit und über große Einflußnahme auf die betriebliche Verwaltung, hauptsächlich in den staatlichen Betrieben. Dadurch ist die Identifikation der Arbeiter mit ihrer Arbeit und ihren Betrieben heute wesentlich größer. Die Bewegung der Inovadores ist nur ein Ausdruck dafür.

Die Mehrzahl der Inovadores sind einfache Arbeiter, von denen viele nicht einmal die Volksschule abgeschlossen haben. Was diese einfachen Arbeiter zu Inovadores macht, sind ihre langjährige Erfahrung, ihr neues politisches Bewußtsein und die Möglichkeiten, die ihnen die Revolution eröffnet. Diese Arbeiter haben den "Maschinen ihre Geheimnisse entrissen", wissen, wie sie funktionieren und sind in der Lage, sie zu reparieren. Es sind "Techniker ohne Titel", aber "vielleicht die wertvollsten, die unser Land besitzt" (Zeitung "Barricada" vom 13.8.82).

Doch ebenso wichtig wie die langjährige betriebliche Erfahrung ist das neue politische Bewußtsein, das die Arbeiter vorwärtsstreibt und sie selbst äußerst schwierige Probleme lösen läßt. "Auf der Arbeit, bei der Fahrt im Bus und zu Hause habe ich mir den Kopf zerbrochen", sagte Oscar Mayorga, der als Mechaniker in einer Schuhfabrik arbeitet. "Wochen hat es gedauert, bis ich einige Schuhmodelle, die seit Jahren hier rumlagen, so verändert hatte, daß man sie wieder für die Produktion verwenden konnte."

In den staatseigenen Betrieben ist die Bewegung der Inovadores am stärksten. Das ist erklärlich. Hier erhalten sie von der Betriebsleistung die größte Unterstützung für ihre Arbeit. Außerdem wissen sie, daß die Erfolge ihrer Bemühungen ihnen und ihren Arbeitskollegen wieder zugute kommen. In den privaten Betrieben gibt es nur vereinzelt Inovadores. Das hängt auch damit zusammen, daß die Bewegung der Inovadores von der Gewerkschaft getragen wird und eine Stärkung der gewerkschaftlichen Position im Betrieb bedeutet, an der viele private Unternehmer auch im neuen, revolutionären Nicaragua kein Interesse haben.

Die Inovadores verlangen nach Fortbildung

Auf dem ersten landesweiten Treffen der Inovadores im Juli berichteten die Inovadores über ihre Arbeit, stellten einige ihrer Neuerungen vor und tauschten Erfahrungen aus. Sie schlugen vor, eine gut ausgerüstete zentrale Werkstatt einzurichten, in der die wichtigsten Ersatzteile angefertigt werden können. Außerdem sollte der gesamte Metallschrott des Landes zentral gelagert werden, um an das benötigte Material leichter und schneller heranzukommen. Weiterhin verlangten sie Möglichkeiten zur technischen Qualifizierung, um noch bessere Entwicklungs-

arbeit leisten zu können. Sie wollen Zugang zu den staatlichen technischen Schulen haben und mehr Berücksichtigung bei den zu vergebenden Stipendien.

"Die Bewegung der Inovadores ist noch ziemlich jung", sagte Encarnacion Utilite Palacios, Mechaniker aus der Reparaturwerkstatt der staatlichen Metallfabrik INCA. "Wir machen gerade die ersten Schritte, um unsere Erfahrungen auszutauschen und uns zu organisieren. Die Zusammenarbeit geht nur langsam voran, weil wir auch nicht über soviel freie Zeit verfügen. Hier im Betrieb arbeiten wir sogar samstags bis fünf Uhr. Weil es notwendig ist.

Von der sandinistischen Befreiungsfront erhalten wir politische Unterstützung. Und die Regierung hat uns Fortbildungskurse versprochen, die eigens für die Inovadores durchgeführt werden. Jetzt am 3. November soll einer beginnen."

Ansätze einer neuen Moral

Die Bewegung der Inovadores ist gekennzeichnet durch eine neue Moral, die man heute in vielen Bereichen der nicaraguanischen Gesellschaft findet. Wenn die Inovadores sich um die Aufrechterhaltung der Produktion kümmern oder sich beruflich qualifizieren wollen, geht es ihnen nicht besonders darum, sich persönlich zu bereichern oder sozial aufzusteigen, sondern "daß die Produktion nicht stoppt", wie es ein Arbeiter ausdrückte. Produktionsstopp würde Arbeitslosigkeit und damit soziales Leid für seine Kollegen bedeuten. Ohne dieses neue soziale Verantwortungsbewußtsein wäre die Revolution undenkbar. Alphabetisierung, Erwachsenenbildung, Gesundheitskampagnen, die Hilfe während der Unwetterkatastrophe im Mai dieses Jahres haben eine gemeinschaftsbezogene Haltung zur Voraussetzung. Die Arbeit der Inovadores erwächst aus demselben Geist.

Reaktionäre Störmanöver

Das Bewußtsein der Arbeiter ist allerdings noch nicht so ideologisch-politisch geschult und gefestigt, als daß es allen materiellen Verlockungen und politischen Manövern von gegen die Revolution eingestellten Kreisen widerstehen könnte. Vor einiger Zeit versuchte ein honduranischer Textilfabrikant, qualifizierte nicaraguanische Arbeiter und Inovadores mit einem Lohnangebot von 500 Dollar im Monat abzuwerben. Einige Arbeiter haben sich kaufen lassen.

Auch eine dem Unternehmerverband nahestehende Ausbildungsgesellschaft bemühte sich um die Inovadores. Sie versprach den Arbeitern Fortbildungskurse in den USA, damit "die Arbeiter sich qualifizieren können, um mehr und besser zum Wiederaufbau des Landes beizutragen". Doch die Arbeiter werden in den USA auch ideologisch beeinflußt, gibt die sandinistische Gewerkschaft zu bedenken. Durch die Indoktrination der Arbeiter mit kapitalistischen Ideen und Werten soll die Arbeiterklasse gespalten werden. Diese These wird dadurch unterstützt, daß bei der Auswahl der Teilnehmer gewerkschaftlich aktive Arbeiter keine Chance hatten, ein Stipendium zu bekommen.

Aufruf zu internationaler Solidarität

Die Inovadores leisten einen kleinen, aber entscheidenden Beitrag zum Aufbau des neuen und unabhängigen Nicaragua. Ein Nicaragua, das sich auf die Arbeit und Kreativität seiner Fabrik- und Landarbeiter stützt. In der jetzigen schwierigen Situation des Landes, nach dem Befreiungskrieg, unter wirtschaftlichem und militärischem Druck von seiten der USA und Honduras, bei Millionenschäden durch

Naturkatastrophen und drastischem Sinken der Preise seiner Exportprodukte ist Nicaragua mehr denn je auf die internationale Solidarität angewiesen. Die sandinistische Gewerkschaft ruft deshalb dazu auf, die Bewegung der Inovadores ideell und materiell zu unterstützen.

Sister Strubelt

Die Bauernorganisation UNAG
(Union Nacional de Agricultores y Ganaderos)

In den Reden, die auf den nationalen und regionalen Versammlungen der UNAG gehalten werden, nehmen allgemeinpolitische Erklärungen keinen Raum ein. Um so mehr erfährt man über die Probleme der Klein- und Mittelbauern, ihre Kredite für Saatgut rechtzeitig vor der Aussaatzeit zu erhalten. Über mangelnde Information, die es vielen Kleinbauern nicht ermöglicht, die staatlichen Investitionsanreize zu nutzen. Über Schwierigkeiten der Kooperativen, sich selbst zu verwalten. Über schlechte Beteiligung an den Alphabetisierungskursen etc.

Die UNAG ist angetreten, diese und viele andere Probleme der Klein- und Mittelbauern zu lösen. Sie wurde 1981 gegründet, nachdem zuerst die gesamte Landbevölkerung in der Landarbeitergewerkschaft ATC (Asociacion de Trabajadores del Campo) organisiert werden sollte. Obwohl es der ATC gelungen war, in kurzer Zeit sehr viele Bauern und Landarbeiter zu organisieren (vor 1979 hatte sie nur einige tausend Mitglieder, 1980 hatte sie 100 000 Mitglieder), und sie die Interessen der Bauern auch vertrat, erwies sich die gemeinsame Organisation von Bauern und Landarbeitern auf die Dauer als problematisch. Es war ungünstig, daß die Landarbeiter und die oft selber Lohnabhängige beschäftigenden Mittelbauern in derselben Organisation vertreten wurden. Viele Mittelbauern, die den Volksaufstand unterstützt hatten, waren unzufrieden. Andere tendierten dazu, sich dem Verband der Großgrundbesitzer anzuschließen, der nach der Revolution erstmals auch kleinere Bauern aufnahm. Die spezifischen Probleme der Bauern erforderten eine gesonderte Organisation.

Im Oktober 1980 gab es einen ersten Schritt in diese Richtung; die Kaffeebauern in zwei Departments schlossen sich zu Komitees zusammen. Ihrer Initiative folgten Versammlungen der Bauern im ganzen Land, und nach Treffen der Bauern auf Bezirks- und Departmentsebene wurde im April 1981 auf einer nationalen Versammlung die UNAG auf nationaler Ebene gegründet. Sie erreichte schnell eine größere Bedeutung als die ATC. Die Bauern, die Mitglied der ATC gewesen waren, schlossen sich jetzt der UNAG an. 1982 hatte die UNAG 70 000 Mitglieder, die ATC nur noch 30 000.

Die UNAG, die keine sandinistische Organisation wie die ATC oder die CST ist, versteht sich als Teil der nationalen Einheit und erkennt die Führungsorganisation der FSLN an, das heißt sie hat zur FSLN eine ähnliche Stellung wie die nichtsandinistischen Gewerkschaften. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Steigerung der Agrarproduktion, was sowohl dem Interesse der Bauern als auch dem nationalen Interesse nach Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln entspricht.

Um die Bedeutung der UNAG und die spezifischen Probleme der Bauern zu verstehen, muß man sich kurz die Situation vor der Revolution vergegenwärtigen.

Die historischen Voraussetzungen

Unter Somoza hatten es die Kaffee-, Baumwoll-, Viehzucht- und Zuckergroßproduzenten verstanden, ihre Produktion trotz fallender Weltmarktpreise durch Niedrigstlöhne rentabel zu halten. Sie monopolisierten den Boden in den infrastrukturell am besten erschlossenen und fruchtbarsten Regionen für sich, ließen dabei oft große Teile des Landes ungenutzt. Sie beschäftigten wenige Arbeiter perma-

nen, brauchten aber ein Heer von Saisonarbeitern. Diese Erntearbeiter suchten den Rest des Jahres durch die Bewirtschaftung kleiner Parzellen zu überleben, meist mit Nahrungsmitteln für den Inlandsbedarf. Sie befanden sich meist in völliger Abhängigkeit von Großgrundbesitzern, die ihnen das Land verpachteten und oft die halbe Ernte dafür kassierten, oder von Zwischenhändlern, die das Vermarktungsmopol hatten und die Aufkaufpreise äußerst niedrig festsetzen konnten. Andere Bauern wanderten in die Urwaldregionen an die sogenannte Agrarfront, wo sie Neuland urbar machten, ihre Produkte wegen der schlechten Infrastruktur aber kaum vermarkten konnten. In den 70er Jahren nahm auch die Zahl der völlig landlosen Saisonarbeiter rapide zu. Die reine Orientierung auf die Exportproduktion führte dazu, daß unter Somoza der Inlandsbedarf an Grundnahrungsmitteln nicht gedeckt werden konnte. Dabei bestand ein großes Potential zur Ausdehnung der Agrarproduktion: ungenutzte Landflächen einerseits und landlose, arbeitslose Bauern andererseits.

Die sandinistische Agrarpolitik

Ausgangsbasis für die sandinistische Agrarpolitik war 1979 die in drei Sektoren gegliederte Struktur der Landwirtschaft; der verstaatlichte Sektor, bestehend aus den Großbetrieben, die von Somoza übernommen worden waren, der weiterbestehende privatkapitalistische Sektor und der Sektor der Klein- und Mittelbauern. Ziel der nicaraguanischen Regierung war eine Ausdehnung der Nahrungsmittelproduktion zur Deckung des Inlandsbedarfs ohne Verringerung der landwirtschaftlichen Exportproduktion, da die Landwirtschaft als Hauptexportsektor weiterhin dringend zur Erwirtschaftung von Devisen benötigt wurde. Eine Produktionssteigerung war von den privaten Großgrundbesitzern am wenigsten zu erwarten. Die Privatunternehmer boykottierten die Produktion und konnten kaum an der Kapitalflucht gehindert werden. Neben der Produktionssteigerung im staatlichen Sektor kam damit der Förderung des Kleinbauernsektors eine entscheidende Rolle zu. Der Anteil der Klein- und Mittelbauern am landwirtschaftlichen Produktionsvolumen betrug 1980 20 % und soll mittelfristig auf 50 % gesteigert werden.

Um die Macht der Zwischenhändler und Wucherer einzuschränken und den Bauern eine effektive Produktion zu ermöglichen, wurden erstmals in größerem Umfang Bankkredite auch an Klein- und Mittelbauern vergeben, das Vermarktungssystem zum Teil verstaatlicht und die Bildung von Kooperativen gefördert. Seit der Verabschiedung eines neuen Agrarreformgesetzes Mitte 1981 besteht außerdem die Möglichkeit, ungenutztes Land der Großgrundbesitzer zu enteignen und – neben ungenutztem staatlichen Land – an Kooperativen oder Einzelbauern zu verteilen.

Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen konnten aber nicht allein durch die Ausdehnung staatlicher Dienstleistungen durchgeführt werden. Der von Somoza übernommene Verwaltungsapparat auf dem Land war viel zu schwach und auf diese Aufgabe nicht vorbereitet. Vor allem mangelte es an Fachkräften. Von den wenigen landwirtschaftlichen Fachkräften, die es 1979 in Nicaragua gab, verließen viele nach der Revolution das Land, andere waren korrupt und unzuverlässig. Die Aufrechterhaltung der Produktion in den staatlichen Betrieben war unter diesen Umständen genauso schwierig wie die Übernahme neuer Funktionen im Banken- und Vermarktungswesen. Dazu kam, daß viele landwirtschaftliche Betriebe verstreut in abgelegenen Gebieten lagen, was ein Management sehr erschwerte. In dieser Situation konnten die angestrebten Umstrukturierungen und eine Produktionssteigerung nur durch eine Selbstorganisierung der Bauern und die Übernahme vieler Verwaltungsaufgaben durch die Bauern selbst erreicht werden.

Die Struktur der UNAG

1983 hatte die UNAG 75 000 eingeschriebene Mitglieder, davon 55 000 Kleinbauern und 20 000 Mittelbauern. Mitglied der UNAG kann jeder werden, der ein Stück Land besitzt, als Familienmitglied mitbesitzt oder gepachtet hat, selber den Boden bebaut und hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt. Wer über 380 Hektar besitzt und damit nach nicaraguanischen Maßstäben Großgrundbesitzer ist, kann nicht in die UNAG eintreten. Die Mitglieder sind in Basisgruppen von 20 bis 60 Bauern organisiert. Basisgruppen können Kooperativen oder Gruppen von Einzelbauern sein. Nach der internen Regelung ist der gewählte Vorsitzende einer Kooperative gleichzeitig Repräsentant der UNAG für die Bezirksebene. Die Repräsentanten aller Basisgruppen versammeln sich alle drei Monate in der Bezirkversammlung, dem höchsten Organ auf Bezirksebene. Sie wählen einen Junta Directiva, ein Leitungsgremium, das 14tägig tagt und die permanente Arbeit erledigt, sowie einen "Rat" mit Beratungs- und Kontrollfunktionen. Die Mitglieder aller Räte der Bezirksebene bilden die Departmentsversammlung. Auf der Departments- wie auch auf der nationalen Ebene findet sich eine ähnliche Struktur wie auf der Bezirksebene.

Oberstes Organ ist die jährlich tagende Nationalversammlung, die aus den Räten der Departmentsebene gebildet wird. Die Mitglieder der departmentalen und nationalen Leitungsgremien erhalten eine Bezahlung für ihre Tätigkeit, die sie halbtags oder ganztags ausüben, die Leitungsgremien auf Bezirksebene arbeiten ehrenamtlich. Daneben verfügt die UNAG über hauptamtliche Sekretäre und "Promotoren", technisch-pädagogische Berater, die die Organisierung der Bauern fördern sollen.

In den Departments, wo die UNAG noch nicht so stark ist, sieht es in der Realität noch anders aus. Einige engagierte hauptamtliche Mitarbeiter und Promotoren versuchen, die Bauern zur Kooperativenbildung und Organisierung zu motivieren. Die Kooperativen, die die Mehrzahl der Mitglieder der UNAG stellen, wählen ihre Repräsentanten demokratisch und übernehmen auch eine Reihe ehrenamtlicher Funktionen, aber die mittleren Ebenen (Bezirk und Department) sind selten demokratisch ausgebildet beziehungsweise oft gar nicht vorhanden. Von den 126 Bezirken, in denen die UNAG eine bedeutende Basis hatte, hatten 1982 nur 65 funktionierende Leitungsgremien. Wo es noch keine Bezirkversammlungen gibt, veranstalten die Promotoren oft regelmäßig offene Versammlungen, zu denen alle Bauern kommen können, und wo aktuelle Probleme der Produktion diskutiert werden.

Finanziell ist die UNAG unabhängig, sie finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen (5 Cordobas, das sind ungefähr 0,50 DM pro Monat) und Spenden ihrer Mitglieder.

Die Arbeitsgebiete der UNAG

Ob die UNAG die Interessen der Klein- und Mittelbauern vertritt, ist weniger aus ihrer formalen Struktur als aus ihrer tatsächlichen Arbeit zu entnehmen. Deshalb will ich im folgenden näher auf die verschiedenen Arbeitsgebiete der UNAG eingehen:

1. Kredite

Mit den Krediten der staatlichen Bankinstitutionen gibt es ständigen Ärger. Das auf den Versammlungen der UNAG am häufigsten geäußerte Problem ist, daß die Termine der Geldauszahlung bei den Banken nicht den Anbauzyklen entsprechen;

das heißt die Bauern unternehmen lange Anreisen umsonst und erhalten das Geld nicht rechtzeitig genug, um Saatgut rechtzeitig zur Aussaat einkaufen zu können. Das kann Einfluß auf die gesamte Ernteergebnisse eines Produktes haben. Auch die regionalen Unterschiede in den Anbauzeiten werden oft nicht genügend berücksichtigt. Daneben hat die UNAG eine Reihe weiterer Verhaltensweisen bei den Banken zu kritisieren: Die Banken geben die Kreditbedingungen oft nicht rechtzeitig genug bekannt, außerdem sind die Informationen nicht genug verbreitet und oft unverständlich. So sollen 1981/82 nach Angaben der UNAG die Produktionsanreize für Viehzüchter aus diesen Gründen hauptsächlich von Großbauern genutzt worden sein. Die UNAG fordert deshalb mehr Informationen per Radio und in Broschürenform. Erreicht hat sie 1981/82 die Eröffnung von zwei neuen Zweigstellen der Nationalbank, so daß die Banken für Bauern etwas leichter erreichbar sind.

Eine weitere Forderung der UNAG ist die bessere Kontrolle der Bankzweigstellen, da diese sich nicht immer an die nationalen Richtlinien halten.

Neben solchen Bürokratieproblemen steht hinter dem Kreditproblem aber auch das Problem des Geldmangels in den Bankinstitutionen. Verspätete Auszahlung von Krediten hat nicht nur bürokratische Fehler zur Ursache. UNAG-Vertreter betonen in ihren Reden zwar die wirtschaftlich schlechte Lage des Landes und fordern die Bauern auf, keine übertriebenen Forderungen nach Technisierung der Produktion zu stellen, gleichzeitig fordern sie aber auch die Nationalbank auf, die Klein- und Mittelbauern als prioritären Sektor zu behandeln. Im Agrarministerium gibt es wahrscheinlich unterschiedliche Positionen zu der Frage, ob eher Kleinbauern oder Großbetriebe zu fördern seien. So werden in einem Bericht des Agrarministeriums Tendenzen des "Gigantismus" und technologischen Modernismus kritisiert, die zu einer übertriebenen Konzentration der Produktion in Großbetrieben führen, und die genauere Untersuchung möglicher Alternativen von Kleinproduktion gefordert. Wie stark der Einfluß der UNAG auf solche innerministeriellen Entscheidungen ist, ist mir nicht bekannt. Über Kredithöhen für verschiedene Anbauprodukte, Subventionen oder Schulderlaß für Klein- und Mittelbauern werden jedenfalls offene Verhandlungen geführt.

Die andere Seite des Aufgabenbereichs der UNAG besteht in der Sorge für die sinnvolle Anwendung der Kredite. Nachdem in den ersten zwei Jahren der Revolution ungefähr 50 % der Kredite nicht zurückgezahlt wurden, weil eine produktive Anwendung nicht garantiert werden konnte, wurden dann strengere Maßstäbe angelegt und das Gesamtkreditvolumen für Klein- und Mittelbauern ging zurück.

Die Forderung der UNAG nach pünktlicher Auszahlung der Kredite hat auch das Ziel zu erreichen, daß die Bauern den Kredit tatsächlich dafür verwenden, wofür sie ihn beantragt haben. Werden Kredite zu spät ausgezahlt, so benutzen sie die Bauern oft für andere, meist unproduktive Investitionen, zum Beispiel für den Bau eines Hauses. Daneben versucht die UNAG, mit den Bauern Produktionspläne aufzustellen, um die Kredite sinnvoll einzusetzen. Eine solche Produktionsplanung ist in den Kooperativen einfacher als bei den Einzelbauern.

Um eine gerechte Kreditverteilung zu erreichen, hat die UNAG die Produktionskosten für die verschiedenen Anbauprodukte berechnet. Die Kredite sind diesen Bedingungen angepaßt worden, obwohl sie – wie die UNAG kritisiert – noch zu niedrig sind. Eine sinnvolle Kreditanwendung erfordert das Vorhandensein von Saatgut, Vermarktungsmöglichkeiten etc., das heißt eine Infrastruktur und regionale Planung, die es in vielen Gebieten Nicaraguas erst im Anfangsstadium gibt. Finanzielle und Planungsprobleme haben dazu geführt, daß höchstens die Hälfte der Klein- und Mittelbauern staatliche Kredite aufnehmen, um nicht in Abhän-

gigkeit zu geraten. Die Kreditbedingungen sind zwar sehr günstig, die Zinshöhen liegen niedriger als die Inflationsrate, aber die Kredite müssen eben doch zurückgezahlt werden.

2. Vermarktung

Um die Vermarktung von Agrarprodukten für den Inlandsbedarf aus den Händen der privaten Zwischenhändler zu nehmen, dehnte die staatliche Vermarktungsorganisation ENABAS (Empresa Nacional de Alimentos Basicos) ihren Aufgabenbereich aus. ENABAS kauft Grundnahrungsmittel zu festen Preisen auf und verkauft sie zu subventionierten Preisen an kleine Läden, staatliche Verkaufsstellen oder direkt an die Konsumenten. Eine der Hauptforderungen der UNAG ist die Ausdehnung des staatlichen Vermarktungsnetzes. Dazu müssen neue Aufkauf- und Lagerungsstellen eröffnet werden. In vielen Fällen werden diese Aufkaufsstellen, die manchmal auch gleichzeitig einfache Konsumgüter und Arbeitsmittel verkaufen, in Eigeninitiative von den Bauern gebaut und später von ihnen geleitet. Von privaten Zwischenhändlern beherrscht wird noch die Vermarktung von Gemüse, Früchten, Milch und Milchprodukten sowie Rindern. Die privaten Händler zahlen oft so niedrige Preise, daß sich der Anbau dieser Produkte für die Bauern nicht lohnt, obwohl die Produkte in den Städten immer teurer werden. Die UNAG fordert die staatlichen Organe auf, stärker kontrollierend einzutreten oder auch einen Teil dieser Produkte staatlich zu vermarkten.

Auch wenn also die staatliche oder private Vermarktung vorgezogen wird, gibt es auch hier Probleme. Die UNAG will die Aufkäufer von ENABAS stärker kontrollieren, da einige von ihnen erwiesenermaßen unehrlich sind. Die UNAG verhandelt mit ENABAS auch über die Aufkaufpreise für die Agrarprodukte, wobei ENABAS zum Beispiel 1982 auf Forderung der UNAG die Preise für Mais und Bohnen erhöhte.

3. Technische Hilfe und Versorgung mit Produktionsmitteln

Die technische Hilfe darf nicht nur in der Aushändigung von Arbeitsmitteln und dem Ausfüllen von Rechnungen bestehen, wird in einer Erklärung der UNAG kritisiert. Die Bauern müssen in der Anwendung von Saatgut, Insektiziden und Pestiziden unterwiesen werden, gerade wenn es sich um neue ungewohnte Produkte handelt. Ein Problem der technischen Hilfe bestand 1982 in Kompetenzüberschneidungen zwischen den Beratern des Agrarministeriums und der Nationalbank; die UNAG drängte auf mehr Kooperation. Einer guten technischen Unterweisung steht aber vor allem der allgemeine Mangel an Fachpersonal, besonders auf den mittleren Ebenen, entgegen. Auch ist die Ausbildung der "Techniker" nicht immer den Bedingungen angemessen. Die Universitäten und Fachschulen richten ihre Ausbildung jetzt mehr auf landwirtschaftliche Studiengänge aus. Aber das kann nur langfristig eine Lösung sein.

Die UNAG hat in Selbsthilfe einige tausend "Activistas Agrícolas" ausgebildet, Bauern mit Basiswissen im Landwirtschaftsbereich, und führt Seminare für ihre Mitglieder durch.

Ein weiteres Problem besteht in der unzureichenden Versorgung mit Produktionsmitteln. Mit zunehmender Devisenknappe macht sich auch in der Landwirtschaft immer mehr das Problem des Mangels an Ersatzteilen, Saatgut, Düngemitteln etc. bemerkbar; Produktionsmittel, die importiert werden müssen. Die Mittelbauern sind davon stark betroffen, aber auch die Kleinbauern brauchen importierte Arbeitsmittel. Die UNAG übt Druck auf die Regierung aus, den Klein- und Mittelbauernssektor als Priorität bei den Importen zu behandeln. Oft sind es aber auch Pla-

nungsfehler, die dazu führen, daß zur Erntezeit einige wichtige und nicht teure Ersatzteile für eine Maschine fehlen. Eine Mitbestimmung der Bauern, die die Probleme kennen, kann hier einiges erreichen. Langfristig soll dem Problem des Devisenmangels auch durch die Erforschung und Anwendung eigener Materialien begegnet werden. Die UNAG fordert dazu mehr Praxisbezug in der Forschung an den Universitäten.

4. Kooperativen

Den Kooperativen kommt innerhalb der Arbeit der UNAG eine besondere Bedeutung zu, da sie gleichzeitig Basisgruppen der UNAG sind und die Mehrheit der UNAG-Mitglieder stellen. Von den 2 382 Basisgruppen, die die UNAG 1982 hatte, waren nur 124 Gruppen von Einzelbauern, der Rest Kooperativen.

Seit 1979 wird versucht, die Bauern zu gemeinschaftlichen Produktionsformen zu motivieren, um eine sinnvolle Anwendung der vergebenen Kredite und eine rentablene Agrarproduktion zu erreichen. Da die Zinssätze bei Krediten für Kooperativen niedriger lagen als für Einzelbauern, schlossen sich schnell sehr viele Bauern zu Kooperativen zusammen. Heute sind ungefähr 50 % der Bauern in Kooperativen organisiert. Von den 4 000 Kooperativen mit über 60 000 Mitgliedern, die es 1982 gab, waren aber nur 10 % sandinistische Produktionskooperativen (CAS, Cooperatives Agricolas Sandinistas), die den individuellen Landbesitz abgeschafft haben. Die CAS haben gemeinsamen Besitz an Land und Produktionsmitteln, das Kollektiv bestimmt gemeinsam über die Betriebsführung, die Verwendung der Kredite und die Verteilung der Gewinne. Sie werden meist aus Gruppen ehemaliger Landarbeiter gebildet. Diese erhielten staatliche Ländereien oder Ländereien, die im Zuge der Agrarreform von nicht produzierenden Großgrundbesitzern enteignet wurden.

Die Bauern, die schon Land besaßen, schlossen sich selten in Produktionskooperativen, sondern überwiegend in CCS (Cooperativas de Credito Servicio), Kredit- und Dienstleistungskooperativen, zusammen. Die CCS sind lockere Zusammenschlüsse von Bauern, die oft nur zu dem Zweck gegründet wurden, gemeinsam billigere Kredite zu erhalten. Nur wenige Kooperativen haben tatsächlich gemeinsame Dienstleistungen geschaffen, kaufen zum Beispiel Produktionsmittel gemeinsam ein oder vermarkten ihre Produkte gemeinsam, führen einen Laden, machen Alphabetisierungskurse etc. Die angestrebte Umwandlung dieser CCS in CAS erweist sich als äußerst schwierig. Die Kleinbauern sind kaum dazu zu bewegen, ihren Besitz dem unsicheren Experiment einer Produktionskooperative zur Verfügung zu stellen. Besonders problematisch ist das, wenn sie über sehr unterschiedlich großen Landbesitz verfügen. Objektive Hindernisse liegen eher auch darin, daß die Landstücke oft weit verstreut liegen, was eine gemeinsame Produktion unmöglich macht. In dieser Situation versuchen die UNAG und die staatlichen Stellen, die Bauern sehr vorsichtig zu mehr gemeinschaftlicher Produktion zu bewegen. In den Kooperativen des "Surco Muerto", von denen es bisher nur sehr wenige gibt, sollen die Bauern ihr Land zwar gemeinsam bewirtschaften, aber die einzelnen Landstücke durch eine tote Furche (surco muerto) getrennt halten. Oder es wird zusätzlich Land an die CCS vergeben, das zum Beispiel von den Kindern gemeinsam bewirtschaftet wird. Auch Kredite für Neuinvestitionen sollen in den CCS, wenn möglich, nicht an Einzelbauern, sondern an die Gemeinschaft vergeben werden, so daß zum Beispiel ein Traktor dann auch von allen gemeinsam genutzt wird. Aber solche Investition, wie auch der Aufbau von Verkaufsstellen für einfache Konsumgüter oder andere gemeinschaftliche Dienstleistungen, stoßen schnell an die Grenze der staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten. So schätzt man im Agrarministerium,

daß sich ein Umwandlungsprozeß der CCS in CAS in zehn Jahren nicht vollzogen haben wird.

Ein weiteres Hindernis für eine gemeinsame Produktion ist auch die geringe Erfahrung und Ausbildung der Bauern in Fragen der Organisation und Produktionsplanung. Die bestehenden Kooperativen sollen stärker in Betriebsführung ausgebildet werden, damit sie selbstständiger ihre Produktion organisieren können. Zur Zeit sind einige Kooperativen sicher stark abhängig von staatlichen oder UNAG-Betreuern, die Mehrzahl der Kooperativen wird aber wenig betreut. Oft haben sie keine mittelfristigen Produktionspläne, wissen das Land, das ihnen zur Verfügung steht, nicht richtig zu nutzen, so daß die Beschäftigung und das Einkommen ihrer Mitglieder nicht dauerhaft gesichert sind. Um die Betreuung der Kooperativen besser zu organisieren, werden jetzt – nach produktivem Potential und Bevölkerungsdichte – sogenannte Kooperativenentwicklungszenen definiert, auf die eine Konzentration der Kräfte erfolgen soll. Bankzweigstellen, staatliche Stellen und die UNAG wollen in diesen Regionen koordiniert eine bessere Betreuung der Kooperativen organisieren.

5. Landverteilung und regionale Pläne

Seit 1981 kann ungenutztes Land dekapitalisierender Großgrundbesitzer enteignet werden und zusammen mit ungenutztem staatlichen Land an Kooperativen und Kleinbauern vergeben werden. 90 % des Landes wurden bisher an Produktionskooperativen vergeben. Folgendes Vorgehen war dabei vorgesehen: Arbeitslose Bauern schließen sich zusammen und melden ihren Wunsch nach Land bei der UNAG an. Diese stellt – zusammen mit den ansässigen Bauern – eine Untersuchung darüber an, wo privates oder staatliches Land ungenutzt ist, und untersucht, wie im Rahmen eines regionalen Entwicklungsplanes das Land genutzt werden könnte. Die Bauern erhalten das Land vom Agrarministerium mit einer Empfehlung, was hier wie produziert werden könnte, ob sie für ihre geplante Produktion einen Kredit erhalten könnten oder wie ihre Produkte zu vermarkten seien. So sollte man erstens die Unsicherheit bestehender Kooperativen, ob sie für ihre geplante Produktion einen Kredit erhalten können oder wie ihre Produkte zu vermarkten seien, vermeiden und zweitens keine neuen Strukturen schaffen, die einer sinnvollen regionalen Planung später im Wege stehen würden.

Deshalb wurden die Landverteilungen zunächst sehr langsam angegangen. Das Enteignen erwies sich als sehr viel leichter als das Erstellen regionaler Entwicklungspläne, so daß Mitte '82 220 000 Manzana (1 Manzana = 0,7 ha) enteignet, aber nur 80 000 an Bauern übergeben worden waren. Der Wunsch nach einer gut geplanten Verteilung steht allerdings im Widerspruch zu dem Erfordernis einer schnellen Produktionssteigerung. So werden die Landverteilungen in neuerer Zeit beschleunigt fortgesetzt.

Die UNAG und die Staatsbürokratie

Es wäre falsch, von einer Einheit staatlicher und UNAG-Entscheidungen auszugehen. Die Auseinandersetzungen zwischen der UNAG und den staatlichen Stellen sind oft hart und werden auch offen ausgetragen. Die staatlichen Stellen sollen die Bauern mehr berücksichtigen: auf politischer Ebene durch Zugeständnisse wie Schuldenerlaß bei schlechten Produktionsergebnissen etc., auf den unteren Ebenen durch bessere Betreuung, weniger bürokratische Hemmnisse und Abstimmungen mit den Bauern. Die Durchsetzung solcher Forderungen erfolgt vor allem in gemeinsamen Kommissionen, in denen Vertreter der Ministerien, Banken, der

UNAG und anderer Massenorganisationen vertreten sind. Solche Kommissionen werden auf allen Ebenen zu den verschiedensten Zwecken gebildet. Die Räte der Klein- und Mittelproduktion (Consejos de Pequena y Mediana-Producción) bestehen zum Beispiel aus Vertretern der Bank, des Agrarministeriums und der UNAG und organisieren die Kreditvergabe.

Die UNAG übernimmt zum Teil auch die Aufgabe, die Bauern in konkreten Konfliktfällen zu beraten. So führt die departmentale Leitung in Rio San Juan an den Markttagen Beratungen durch. In einem halben Jahr betreute sie dreihundert Fälle (das entspricht 10 % der UNAG-Mitglieder) wegen Landbesitzes, Versorgungsproblemen mit Konsumgütern und Problemen mit Krediten.

Die UNAG und die Bauern

Die Kehrseite fauler Bürokratie sind Bauern, die sich alles gefallen lassen. Daß Bauern während der offiziellen Öffnungszeiten eines Büros draußen warten, statt sich zu beschweren, daß die drinnen sitzenden Angestellten nicht aufmachen, ist in Nicaragua kein Einzelfall; auch nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, daß sie staatliche Stellen bis 1979 nur als Repression oder in der Form von Verachtung erlebt haben. In eine Bank zu gehen und ein Konto zu eröffnen, kann für einen Bauern ein großer Schritt sein.

Neben fehlendem Selbstbewußtsein ist es die mangelnde Bildung, die einer Mitbestimmung und Selbstorganisation der Bauern im Wege steht. Nach der Alphabetisierungskampagne wird auf dem Land eine weitverzweigte Erwachsenenbildung betrieben, um die Alphabetisierung fortzusetzen und vor allem in den Kooperativen Grundkenntnisse in Betriebsführung und Landwirtschaft zu vermitteln. Aber, wie die UNAG kritisiert, läßt das Bildungsniveau auch in den Kooperativen noch viel zu wünschen übrig. Einige Companeros seien damit zufrieden, ihren Namen schreiben zu können. Und die pädagogisch kaum ausgebildeten Lehrer (Vertreter der UNAG oder andere, die in ihrer Freizeit unterrichten) sind auch nicht immer sehr fähig, ihre Schüler zu motivieren. So las ein UNAG-Vertreter in der Fortbildung einer Kooperative die Formulare immer nur vor, statt sie ausfüllen zu lassen.

Geringes Bildungsniveau ist für viele Entwicklungen ein schweres Hindernis. Falsche Ernährungshabits führen zu Fehlernahrung, aber den Bauern schmecken neue Produkte nicht. Die Gefährlichkeit von Insektiziden wird nicht eingesehen und die verteilten Schutzgeräte nicht benutzt. Das geringe Bildungsniveau macht die Bauern leichtgläubig gegenüber Gerüchten, wie zum Beispiel, daß die Sandinisten allen Bauern das Land wegnehmen wollen.

Aber auch die Bereitschaft, sich zu organisieren, gemeinsam zu handeln, sich fortzubilden muß oft erst geweckt werden. Einfacher ist das in den Gebieten, wo die Guerilla schon während des Befreiungskampfes Kontakt mit den Bauern hatte. Aber auch Unterstützung des Kampfes gegen die früheren Ausbeuter bedeutet nicht gleich die Bereitschaft, sein Land mit anderen zusammenzulegen, sich als Mann an der Hausarbeit zu beteiligen oder Sojaprodukte statt Rindfleisch zu essen. Solche Bewußtseinsentwicklungen vollziehen sich in Nicaragua nicht schneller als bei uns, das heißt, es kann sich um Jahrzehnte handeln.

Das Hauptziel Produktion

Nicht nur durch materielle Anreize, auch bewußtseinsmäßig versucht die UNAG die Bauern zu erhöhter Produktion zu motivieren. Ihre Bemühungen erwiesen sich

als erfolgreich: 1982 stellte das Agrarministerium fest, die nicaraguanische Agrarreform stelle unzweifelhaft einen der wenigen Fälle einer sofortigen Erholung einer Landwirtschaft nach einer Revolution dar. Die Produktion von Grundnahrungsmitteln war 1981/82 durchweg höher als im Vorkriegsjahr 1977/78, die durch Kriegsverluste zurückgegangene Rinderzucht war durch Hühner- und Schweinezucht ersetzt worden, und die Exportproduktion konnte – außer bei Baumwolle – aufrechterhalten werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß von der gestiegenen Agrarproduktion auch hauptsächlich die Landbevölkerung profitierte. Das Lebensniveau war vor 1979 auf dem Land nur halb so hoch wie in den Städten. Von der Ausdehnung des Gesundheitswesens und anderer Sozialleistungen sowie den subventionierten Preisen für Grundnahrungsmittel profitierten vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten, also besonders die Landbevölkerung. Hinzu kamen die erhöhten Aufkaupreise für die Agrarprodukte und die höheren Löhne für die Saisonarbeiter.

Diese positiven Entwicklungen der ersten Revolutionsjahre wurden 1982 und '83 allerdings durch die gesamtwirtschaftlich und außenpolitisch negative Entwicklung beeinträchtigt. 1982 erlitt Nicaragua durch eine Unwetterkatastrophe große Ernteeinbußen. Der Wirtschaftsboykott der USA machte sich mit zu wenig Neukrediten verstärkt bemerkbar, Devisenmangel hemmte die Produktion in vielen Bereichen. Vor allem aber erforderte die notwendige Verteidigung immer größere personelle und materielle Aufwendungen; die Milizangehörigen, die an die Grenze zogen, fehlten monatelang in der Produktion, und die Gelder für die Verteidigungsausgaben fehlten in anderen Bereichen. Unter diesen Umständen ist auch das bisher erreichte Lebensniveau der Landbevölkerung in Frage gestellt.

Schlußbemerkung

Mit der Zunahme der militärischen Auseinandersetzungen wurden – durch militärische Angriffe und Sabotageakte sowie durch steigende Verteidigungskosten – viele Investitionsprojekte zunehmend in Frage gestellt. Es stehen weniger Mittel für produktive Zwecke und noch weniger für soziale Zwecke zur Verfügung. Wenn Bildungsprogramme der UNAG gestoppt werden oder keine Gelder für die notwendigen Investitionen einer Kooperative zur Verfügung stehen, hat das natürlich negative Auswirkungen auf die Weiterentwicklung neuer Produktionsformen. Andererseits kann durch das Ausbleiben staatlicher Dienstleistungen aber auch die Selbsthilfe der Bauern gefördert werden. Die demokratische Mitwirkung der UNAG ist zur Zeit gerade deshalb erforderlich und nicht mehr rückgängig zu machen, weil ohne sie die Agrarproduktion nicht aufrechterhalten, geschweige denn zu steigern wäre, die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln in Nicaragua aber ein wichtiges politisches und wirtschaftliches Ziel ist. So stellte auch eine Vertreterin der UNAG in Managua die UNAG als relativ eigenständig dar:

“Es ist zwar richtig, daß wir die Regierung unterstützen und in vielen Dingen einer Meinung sind, weil die Begünstigungen, die wir erhalten haben, tatsächlich ziemlich groß sind, aber es gibt doch auch eine ziemlich kritische Einstellung. Wir denken, die UNAG ist eine Schule größerer Unabhängigkeit und größerer Authentizität. Aber ich glaube, daß alle Massenorganisationen Nicaraguas diesen Weg gehen werden, dabei sind, eigene Kriterien für ihre Arbeit zu entwickeln. Denn das ist es, was einen Prozeß, eine Revolution am meisten vorantreibt. Wenn wir alle dasselbe denken würden oder dasselbe sagen würden, kämen wir nicht so voran.“

Diese relative Unabhängigkeit der UNAG ist aber nicht gleichzusetzen mit einer demokratischen Mitbestimmung aller Bauern. Ungefähr die Hälfte der Bauern

sind nicht in der UNAG organisiert. In viele Landesteile kommt aus infrastrukturellen oder militärischen Gründen (die Konterrevolutionäre ermorden systematisch politisch Aktive) kaum je ein UNAG-Vertreter. Fraglich ist, ob die UNAG die Interessen dieser Bauern, die sie ja kaum kennt, ausreichend mitvertritt.

Aber auch in den Regionen, in denen die UNAG stark ist, ist eine formal demokratische Struktur noch keine Gewähr für eine tatsächliche Interessenvertretung aller Bauern. Schon auf dem überschaubaren Feld einer Kooperative kann es vorkommen, daß ein gewählter Sekretär Gelder veruntreut, sein Amt für seine persönliche Bereicherung nutzt. Auf Ebene der UNAG besteht immer die Gefahr, daß die besser gestellten, meist gleichzeitig besser ausgebildeten, redegewandteren Bauern ihre Interessen vor den Interessen der armen Bauern durchsetzen. Formal bietet die UNAG den Kleinbauern, die ja die Mehrzahl der Mitglieder stellen, die Möglichkeit, sich gegen die Mittelbauern durchzusetzen. Ob sie diese Chance tatsächlich nutzen, wird sich zeigen.

Anmerkung:

Interview mit Etelvina Vijil, Mitarbeiterin der Abteilung für internationale Beziehungen der UNAG, Managua, 31.10.1983

Sister Strubelt

Die Landarbeitergewerkschaft ATC (Asociacion de Trabajadores del Campo)

Seit der organisatorischen Trennung vom Bauernverband UNAG 1981 organisiert die ATC nur noch die Landarbeiter. 1983 hatte sie 42 000 Mitglieder (von 160 000 Landarbeitern und Saisonarbeitern). Die meisten davon sind Landarbeiter auf den großen staatlichen oder privaten Fincas. Die Arbeiter kleinerer Betriebe organisieren sich kaum gewerkschaftlich. Auch die Saisonarbeiter treten wegen der kurzen Arbeitszeit (2 bis 4 Monate) meist nicht in die ATC ein, werden aber von ihr mitvertreten und haben auch Formen der Mitbestimmung in den Betrieben. Mindestens 25 Arbeiter eines oder mehrerer kleiner Betriebe bilden eine Gewerkschaftssektion und wählen eine Gewerkschaftsleitung (Directiva Sindical). Auf Bezirks-, Departments- und nationaler Ebene findet sich eine ähnliche Struktur wie bei der UNAG. Oberstes Organ ist die Nationalversammlung, die allerdings seit 1979 erst zweimal getagt hat.

Die ATC ist einerseits Interessenvertretung der Arbeiter, andererseits versucht sie – als der FSLN eng verbundene Organisation –, die Ziele der Regierungspolitik wie Produktionssteigerung und Verteidigung der Revolution bei den Arbeitern durchzusetzen. Wie sich diese beiden Ziele der ATC – widersprüchlich oder nicht – an den konkreten Aufgaben der ATC konkretisieren, soll im folgenden dargestellt werden.

Die Lohnpolitik

Die FSLN hat sich von Anfang an einer Erhöhung der Reallöhne der Arbeiter widersetzt. Es sollte vermieden werden, die Inflation durch eine schnelle Erhöhung der Löhne ohne entsprechende Produktionssteigerung zu verstärken. Außerdem waren Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und soziale Verbesserungen wie Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, Lebensmittelsubventionen etc. vorrangig vor Lohnsteigerungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Landarbeiter mit fester Beschäftigung nur 7,5 % der erwerbstätigen Bevölkerung auf dem Land stellen, Landarbeiter ohne feste Beschäftigung und Kleinstbauern aber zusammen 60 %. Während die Sozialmaßnahmen allen Bevölkerungsgruppen zugute kamen, hätten Lohnerhöhungen nur einen Teil begünstigt. Außerdem war nicht garantiert, daß die Arbeiter den Lohn tatsächlich in sinnvoller Weise ausgaben, zum Beispiel das Geld ihren Frauen für eine bessere Ernährung der Kinder gaben, statt es in Alkohol umzusetzen. Eine Subventionierung der Lebensmittel oder direktere Nahrungsmittelverteilungen an Mütter konnten da mehr zu einer besseren Ernährung beitragen.

Trotz der also allgemein restriktiven Lohnpolitik ergaben sich aber in den ersten beiden Jahren der Revolution reale Lohnverbesserungen für die Landarbeiter, und zwar durch die Durchsetzung des schon unter Somoza gesetzlich festgelegten Mindestlohns, der jetzt erstmals tatsächlich gezahlt werden mußte. 1981 betrug der gesetzliche Mindestlohn 770 Cordoba monatlich (entspricht ungefähr 77 DM), plus 30 Tage bezahlten Urlaub, ein 13. Monatsgehalt und drei gekochte Mahlzeiten täglich. Außer dem Mindestlohn gab es keine gesetzlichen Lohnregelungen (außer dem Lohn für Saisonarbeiter, s. u.), die Löhne waren Gegenstand betrieblicher

Vereinbarungen. Das soll jetzt durch die Einführung eines nationalen Lohnsystems teilweise geändert werden.

Ein nationales Lohnsystem

Anfang August 1982 wurde von 205 Delegierten der in der Gewerkschaftskoordination CSN (Coordinadora Sindical) zusammengeschlossenen Gewerkschaften ATC, CST, FO, CAUS, UPN, CGT-i, UNE (Union Nacional de Empleados), ANDEN und FETSALUD über ein neues nationales Lohnsystem diskutiert. Ziel des Lohnsystems ist die Neufestlegung des Mindestlohnes für Landarbeiter und Hausangestellte und für den Industriesektor eine Aufstellung von 26 Lohngruppen, vom ungelerten Arbeiter bis zum höchstbezahlten Techniker. Diese Lohnkategorien sollen zu einer gerechteren Entlohnung beitragen und vor allem der Zahlung von Spitzenlöhnen ein Ende setzen. Denn durch den Mangel an Technikern und anderen Fachkräften kommt es zu einer starken Konkurrenz um die Fachkräfte zwischen staatlichen und privaten Unternehmen und sogar innerhalb des staatlichen Sektors, was dazu führt, daß die Politik, die Spitzenlöhne zu begrenzen, wenig erfolgreich ist. Dem soll jetzt mit der Festlegung des Maximallohns auf 15 000 Cordoba (1 500 DM) begegnet werden.

Für die neue Lohnordnung gab es zwei Vorschläge, einen vom Arbeits- und vom Planungsministerium, einen von der Gewerkschaftskoordination, die sich vor allem bezüglich der Minimallöhe unterschieden. Die Minimallöhe für Landarbeiter sollten nach der Vorstellung der CSN 1 325 Cordoba betragen, nach dem Vorschlag der Ministerien 1 200 Cordoba. Für Industriearbeiter forderte die CSN 1 900 Cordoba, die Ministerien 1 700 Cordoba. Nach achtstündigen Diskussionen konnten sich die Ministerien mit ihren Vorstellungen durchsetzen. Im Vergleich zum Minimallohn von 1981 bedeutet das (wenn man die Inflationsrate von 30 % berücksichtigt) ungefähr einen Erhalt des Reallohns. Der von der Gewerkschaftskoordination angenommene Vorschlag wurde anschließend der Regierung übergeben, die ihn in einem Ausschuß überarbeitete.

In der Diskussion der Gewerkschaftskoordination um die Lohnvorschläge kam die Problematik der nicaraguanischen Lohnpolitik zum Vorschein. Einerseits sehen die Gewerkschaften die ökonomisch schlechte Lage des Landes und stecken dementsprechend mit ihren Lohnforderungen zurück. Andererseits sehen sie aber auch, daß es gleichzeitig anderen Bevölkerungsschichten noch sehr viel besser geht.

So meinten die Delegierten bei der Diskussion der Lohnvorschläge, daß es zu viele Staatsangestellte gäbe, die zu viel verdienen. Und auch die Tatsache, daß in Nicaragua 80 % des Steuereinkommens auf indirekte Steuern fallen und nur 20 % auf direkte Steuern, daß also die Reichen zu wenig zur Kasse gebeten werden, wurde heftig kritisiert. Die CSN forderte einige Tage später von der Regierung einen Lohnstopp für Gehälter über 15 000 Cordobas, solange die neue Lohnregelung noch nicht in Kraft ist. Und der Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega, mußte Rede und Antwort stehen, warum die Löhne nicht erhöht, gleichzeitig aber für die Privatproduzenten Millionen von Cordobas an Investitionsanreizen vergeben werden.

Soziallohn

Die restriktive Lohnpolitik bedeutet aber keineswegs, daß sich für die Arbeiter keine Verbesserungen ergeben hätten. Hierzu zunächst das Beispiel eines Staatsunternehmens, über das in der Gewerkschaftszeitung "El Machete" berichtet wird:

"Die Zigarrenfabrik 'Nicaragua Cigars' beschäftigt 200 Arbeiter. Anfangs wußte hier keiner, was eine Gewerkschaft ist und wie sie funktioniert. Und weil die nach der Revolution gegründete Gewerkschaft den Arbeitern bei ihren Problemen nicht weiterhalf, haben viele nicht teilgenommen. Im September 1982 beschloß dann eine Versammlung der Arbeiter, eine neue Gewerkschaftsleitung zu wählen. Die neuen Delegierten sind alle direkte Arbeiter, früher waren viele gleichzeitig Verwaltungsfunktionäre. Mit der neuen Gewerkschaftsleitung haben wir angefangen, Lösungen für unsere Probleme zu suchen.

Hier wußten viele nicht, was ein Arzt ist. Dabei ist das hier harte Arbeit, viele werden krank davon. Mit Hilfe der Bezirks- und Departmentvertreter der ATC und der FSLN konnten wir eine medizinische Untersuchung im Unternehmen durchsetzen. Neunzehn Companeros verließen danach das Unternehmen mit schweren Krankheiten. Jetzt kommt einmal die Woche ein Arzt zu uns. Wenn wir krank sind, erhalten wir 60 % des Lohns. Und wir haben eine kleine Apotheke. Wir haben auch erreicht, daß die Bezahlung auf Basis von Karten erfolgt, die wir täglich ausfüllen, so daß wir wissen, wieviel wir produziert haben und man uns nicht mehr betrügen kann.

Auf der nächsten Betriebsversammlung werden wir die Probleme auf den Tisch bringen, die uns gerade zu schaffen machen: Es gibt kein Wasser auf den Toiletten. Wie kommen die Medikamente schneller in unsere kleine Apotheke? Und das Problem der Kinder. Siebzig Frauen arbeiten in der Fabrik. Und viele ihrer Kinder sind zu alt für die Kinderkrippe des Ortes. Die Gewerkschaft will jetzt einen betrieblichen Kindergarten fordern." (El Machete, Organ der ATC, Nr. 24, 2/84)

In Nicaragua, wo bei uns selbstverständlich Sozialleistungen völlig unbekannt waren, gestaltet sich der Kampf um solche Leistungen nicht einfach. Auch in den staatlichen Betrieben gibt es meist kein Geld für solche Zwecke, und die Verwalter sind oft nicht weniger autoritär und arrogant als in den privaten Unternehmen. (Oft sind es auch die alten Verwalter aus der Somoza-Zeit, die die Regierung mangels anderer Fachkräfte übernehmen mußte.)

Die wesentlichen Bestandteile des sogenannten Soziallohns sind: Verbesserung der Versorgung mit einfachen Konsumgütern zu subventionierten Preisen, Verbesserung der Wohnstätten und Bau von Latrinen vor allem für Saisonarbeiter, Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, besonders der Erwachsenenbildung und Einführung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Die Verkaufsstellen in den Betrieben

Die Versorgung mit Basiskonsumgütern ist für die Landbevölkerung von erheblicher Bedeutung, weil sie sonst nur bei Händlern einkaufen können, die durch ihre Monopolstellung auf dem Land völlig überhöhte Preise verlangen oder viele Produkte gar nicht erhalten. Schon Anfang 1980 erließ die Regierung ein Gesetz über die Bildung von Verkaufsstellen für Basiskonsumgüter in Unternehmen und anderen Arbeitsstellen. Nach diesem Gesetz muß jedes Unternehmen mit über dreißig Arbeitern eine solche Verkaufsstelle einrichten. Der Betrieb ist zum Transport der Produkte und zur Finanzierung der Personal- und Verwaltungskosten sowie zur Stellung eines Raumes für den Verkauf verpflichtet. Zur Kontrolle soll eine Gewerkschaftskommission gebildet werden. Die Produkte werden bei staatlichen Stellen eingekauft und zu festen Preisen verkauft.

Anfang 1982 – zwei Jahre nach Erlass des Gesetzes – stellt die Gewerkschaftszeitung allerdings fest, daß das Gesetz vielen Arbeitern unbekannt ist, und in vielen Arbeitsstätten nicht erfüllt wird. Da es in der Revolution keine Gesetze geben

dürfe, die auf dem Papier bleiben, fordert sie die Arbeiter auf, einen verstärkten Kampf darum zu führen. Viele staatliche Unternehmen verweigern allerdings die Einrichtung von Verkaufsstellen aus Geldmangel, und die privaten Betriebe versuchen, die Zahl ihrer Arbeiter unter dreißig zu halten, um nicht dazu verpflichtet zu sein. So kommt es auch, daß einige Gewerkschaftssektionen in ihren Forderungen zurückhaltender sind und einige Kosten der Verkaufsstellen selbst übernehmen.

1982 gab es in Nicaragua immerhin 350 Verkaufsstellen. Auch diese funktionierten aber nicht problemlos. Die Gewerkschaftszeitung stellt im März 1983 fest, daß bezüglich deren Versorgung Anarchie herrsche, zwei, manachmal drei verschiedene staatliche Institutionen waren für die Versorgung zuständig, ohne sich im mindesten miteinander zu koordinieren. Viele Verkaufsstellen hatten sich zu kleinen Kramläden entwickelt, in denen man von der Stecknadel bis zum Arbeitsanzug über Coca-Cola, Bonbons, Dünger, Insektizide etc. alles mögliche kaufen konnte, aber die elementarsten Lebensmittel oft fehlten. Die ATC forderte deshalb, daß allein ENABAS für die Versorgung der Verkaufsstellen zuständig sein und daß es in jedem von ihnen zunächst zwanzig Basisprodukte geben solle. Erst wenn die Versorgung mit diesen Produkten gesichert sei, sollten auch andere Sachen eingekauft werden. Auf einem Treffen von 350 Landarbeitern wurde eine Liste von fünfzehn für die Landbevölkerung elementaren Basiskonsumprodukten erstellt: Mais, Bohnen, Reis, Öl, Zucker, Salz, Seife, Milch, Streichhölzer, Gas, Kaffee, Eier, Fleisch, Mehl und Käse. Der Mangel an solchen Produkten entsteht auch dadurch, daß der Konsum der Landbevölkerung bei manchen Produkten stark gestiegen ist. Zucker war zum Beispiel auf dem Land früher nahezu unbekannt, Seife wurde selber hergestellt und zum Braten wurde statt Öl Speck verwendet. Für diese Produkte gibt es in manchen Regionen noch keine sicheren Versorgungskanäle, und die landesweite Produktion ist nicht so schnell wie die Nachfrage gestiegen.

Es gibt aber auch andere Gründe. Die staatlichen Verwalter oder Privatunternehmer beziehungsweise die zur Verwaltung der Verkaufsstellen eingesetzten Personen kümmern sich oft nicht ausreichend um die Versorgung oder verkaufen ihre Waren nur an Freunde. Es kommt auch vor, daß nur die höheren Angestellten und Techniker mit Basiskonsumgütern versorgt werden. Die ATC ruft die Arbeiter zu revolutionärer Wachsamkeit und zum Kampf gegen solche Verhaltensweisen auf.

Mitbestimmung in den Betrieben

Welche Chancen die Arbeiter haben, sich gegen solche Willkür privater Unternehmer oder staatlicher Verwalter durchzusetzen, hängt natürlich sehr von der Stärke ihrer Gewerkschaftssektionen ab. Die von der ATC angestrebte Mitbestimmung in den Betrieben ist vom Kampf um soziale Verbesserungen nicht zu trennen, hat aber gleichzeitig das Ziel, die Produktion zu steigern und die privaten Unternehmer zu überwachen.

In den staatlichen Unternehmen sind seit 1980 Mitbestimmungsorgane für die Gewerkschaften gesetzlich festgelegt. Die Gewerkschaftsleitung und die Unternehmensleitung sowie Abgeordnete der bezirklichen Gewerkschaft oder der FSLN sollen sich mindestens einmal monatlich treffen. Im Oktober 1983 stellte die Gewerkschaftszeitung fest, daß diese Instanzen tatsächlich in der Mehrheit der Unternehmen funktionieren. Das bedeutet aber noch keine reale Partizipation der Arbeiter: "Es reicht nicht, daß ein Companero der Gewerkschaft in den Versammlungen mit der Verwaltung anwesend ist. Es fehlt, daß alle Arbeiter die Realität des Un-

ternehmens kennen, sich informieren, diskutieren, an der Ausarbeitung des Jahresplanes teilnehmen und ihn nachher gemeinsam erfüllen. Wir müssen auch den Widerstand gewisser Verwalter überwinden, die uns weiterhin mit autoritärer und paternalistischer Einstellung behandeln und die Partizipation der Arbeiter behindern." (El Machete, 10/83)

Um die Mitbestimmung der Arbeiter zu fördern, hat die ATC zusammen mit dem Agrarministerium 1983 ein einjähriges Pilotprojekt in sieben Unternehmen gestartet. Das Agrarministerium will dazu Seminare zur Fortbildung für Arbeiter, Techniker und das Verwaltungspersonal durchführen und kleine Broschüren über die wesentlichen Daten des Unternehmens verteilen.

Der Kampf in den privaten Unternehmen

Schwieriger als in den staatlichen dürfte sich die Mitbestimmung in den privaten Unternehmen gestalten. Problematisch ist besonders die Forderung der Arbeiter, Einblick in die Buchführung der Betriebe zu erhalten. Solange sich die Unternehmer aber nicht in die Karten schauen lassen, ist es für sie einfach, weiterhin ihre Betriebe zu entkapitalisieren und das Geld ins Ausland zu bringen, oder sich vom Staat die gesamte Produktion mit Krediten finanzieren zu lassen, weil das Geschäft angeblich so schlecht geht. Oder auch beides. Aber nicht nur an der Buchführung, auch an konkreten Anzeichen der Produktion können die Arbeiter Entkapitalisierung erkennen. Die ATC fordert sie dazu auf, auf solche Anzeichen zu achten: Übermäßige Entlassungen, Verfall der Pflanzungen, Verkauf von Land, Maschinen und Vieh. Die Arbeiter sind in solchen Fällen mit der Forderung nach Enteignung oft schneller bei der Hand als die staatlichen Stellen, die nicht wissen, woher sie bei der Verstaatlichung einen einigermaßen fähigen Verwalter hernehmen sollen. Seit 1981 besteht die gesetzliche Möglichkeit, entkapitalisierte Betriebe zu enteignen, aber das Gesetz wird sehr vorsichtig angewandt.

Ein anderes Problem für die gewerkschaftlich aktiven Arbeiter in den privaten – und auch in einigen staatlichen – Unternehmen war, daß es lange keinen effektiven Schutz vor Entlassungen aus politischen Gründen gab. Zwar wurde 1981 eine Reform des Arbeitsgesetzes durchgeführt, die für Unternehmer, die Entlassungen als Repression gegen gewerkschaftlich aktive Arbeiter nutzten, harte Strafen vorsah, gleichzeitig waren aber im Arbeitsgesetz die Gründe für gerechtfertigte Entlassungen nicht klar definiert. Und der entlassene Arbeiter mußte sich auf einen monatelangen Rechtsstreit mit dem Unternehmer einlassen, um seinen Arbeitsplatz wiederzuerkämpfen. 1982 wurde daher von allen Gewerkschaften ein neues Gesetz im Staatsrat eingebbracht, das die klare Definition gerechtfertigter Entlassungsgründe und die Einschaltung des Arbeitsministeriums in Fällen von Entlassung vorsieht.

Die Saisonarbeit

Seit 1979 ist die Zahl der Saisonarbeiter in Nicaragua zurückgegangen, weil viele Kleinbauern jetzt genug Land haben, um davon leben zu können. Um diese Lücke – gerade bei der Kaffeernte, die nicht maschinierbar ist – zu füllen, werden Freiwillige zu längeren Ernteeinsätzen mobilisiert. 1982 gab es 15 000 nicht-professionelle Kaffeeflücker: Schüler, Studenten, Lehrer und Staatsangestellte. Die Massenorganisationen und Gewerkschaften mobilisieren Arbeitslose, Kleinbauern und Arbeiter, die von der Produktion abkömmling sind. Alle erhalten denselben Lohn, den die Freiwilligen dann meist spenden. Die Bauern und Arbeiter behalten

natürlich ihren Verdienst, aber auch unter ihnen gibt es welche, die mehr aus Solidarität denn aus Verdienstgründen zur Ernte gehen.

Die ATC arbeitet jedes Jahr für die Kaffee- und Baumwollernte ein Arbeitsgesetz aus, nach dem die Löhne und die Sozialleistungen für die Arbeiter landesweit festgelegt werden. Dazu macht sie zunächst eine große Umfrage, bei der auf Versammlungen über die Einhaltung des Gesetzes im vergangenen Jahr und über die Probleme bei der Ernte diskutiert wird. Danach wird das Gesetz für das nächste Jahr ausgearbeitet, mit den Ministerien und den Privatunternehmern diskutiert, damit es realistisch ist, dann im Staatsrat diskutiert und schließlich bekanntgegeben. Obwohl auch Gefängnisstrafen für die Arbeitgeber vorgesehen sind, die nicht wie im Gesetz vorgesehen bezahlen oder nur dreimal täglich Reis und Bohnen ohne weitere Zutaten servieren, heißt das noch lange nicht, daß das Gesetz überall eingehalten wird. Allerdings hat die ATC durch den Mangel an Erntearbeitern eine relativ gute Verhandlungsposition. Zum Teil entsteht sogar eine Konkurrenz zwischen den staatlichen und den privaten Unternehmen um die Erntearbeiter. Da baut dann schon mal ein Privatunternehmer ein paar Hütten für die Saisonarbeiter. Und die Reallöhne der Saisonarbeiter sind in den letzten Jahren gestiegen.

Ist die ATC demokratisch?

Wenn hier dargestellt wurde, daß die ATC in vielen Bereichen die Interessen der Arbeiter vertritt, so soll das nicht heißen, daß die Meinungen der ATC-Spitze mit denen der Basis gleichzusetzen wären. Die ATC ist eine ursprünglich von der FSLN von oben herab gegründete Organisation, deren Führungsmitglieder erst langsam von der Basis bestätigt oder neu gewählt werden. Aber auch bei formal demokratischen Wahlen ist in der ACT nicht unbedingt garantiert, daß die ATC-Führung genau das vertritt, was die Arbeiter wollen. So haben etwa die Arbeiter in einem ATC-eigenen Unternehmen keineswegs vorbildliche Sozialleistungen oder Mitbestimmungsrechte erreicht. Es ist davon auszugehen, daß es auch innerhalb der ATC faule Funktionäre und Bürokraten gibt. Der Kampf dagegen wird – wie auf allen Ebenen in Nicaragua – langwierig sein. Daß die Arbeiter schlecht ausgebildet sind und über wenig Organisationserfahrung verfügen, macht ihn nicht leichter. Jedoch erscheint er solange nicht aussichtslos, wie überall offene Kritik geübt wird und Mißstände immer wieder angegangen werden.

Quellen:

“El Machete“, offizielles Organ der ATC 1980 - 1983

Barricada, El Nuevo Diario, La Prensa (Nicaraguanische Tageszeitungen)

Nicaragua: „Aufbruch in Abhängigkeiten“, Edgar Fürst u. a., 1982, Wuppertal
Interview mit Edgardo Garcia, Präsident der ATC, Oktober 1983

Anhang

Kurzcharakterisierung der Gewerkschaftsbünde (Entnommen aus Envio 12, 6/82)

Charakter der Einzelgewerkschaften

Geschichte und Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit in Nicaragua haben verhindert, daß sich dort ähnlich „ordentliche“ gewerkschaftliche Organisationsformen hätten herausbilden können wie in der Bundesrepublik. Es gibt weder umgreifende Branchenorganisationen noch eine Einheitsgewerkschaft. Fast 80 % der organisierten Arbeitnehmer Nicaraguas gehören Betriebsgewerkschaften an, in denen Beschäftigte eines Betriebes gleich welcher Fachrichtung oder welchen Berufes organisiert sind. Daneben gibt es in geringer Zahl:

- (nach Branchenprinzip) betriebsübergreifende Gewerkschaften, in denen auf örtlicher Ebene Lohnabhängige aus verschiedenen Betrieben derselben Branche, die für sich zu klein sind, zusammengefaßt sind.
- Fachgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer der gleichen Fachrichtung oder des gleichen Berufs organisiert sind (Beispiele: Lehrergewerkschaft ANDEN, Journalistengewerkschaft UPN, örtliche Fachgewerkschaften)
- Multifachgewerkschaften, die von Arbeitnehmern verschiedener Betriebe und verschiedener Fachrichtung gebildet werden, wenn an bestimmten Orten die Anzahl der Arbeitnehmer einer Fachrichtung nicht die erforderliche Mindestzahl erreicht.

Entsprechend sind die nicaraguanischen Einzelgewerkschaften klein aber zahlreich. Seit dem Sturz Somozas im Juli 1979 bis zum Ende 1981 wurden beim Arbeitsministerium 1 008 Gewerkschaften eingetragen, deren Größe sich folgendermaßen verteilt:

Anzahl der Mitglieder	1-29	30-49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000+
Anzahl d. Gewerkschaften	150	396	301	96	53	8	3

Die Einzelgewerkschaften haben sich in der Regel einem der fünf nach politischen Richtungen orientierten Gewerkschaftsbünde CST, CGT-i, CUS, CTN, CAUS oder einem der beiden Branchenbünde, der Landarbeiterzentrale ATC oder der Föderation der Gesundheitsarbeiter FETSALUD, angeschlossen. Ausnahmen machen bisher die vergleichsweise großen landesweiten Fachgewerkschaften der Lehrer, ANDEN, und der Journalisten, UPN.

A) CENTRAL GENERAL DEL TRABAJO (independiente) CGT-i

Die Angaben wurden einem Interview mit dem Generalsekretär Carlos Salgado Membreño entnommen.

Gründungsdatum: 1963

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: wurde von der Sozialistischen Partei Nicaraguas (PSN) gegründet. Ist Mitglied des gewerkschaftlichen Koordinationsgremiums von Nicaragua.

Zusammenarbeit auf Weltebene: WGB (Weltgewerkschaftsbund)

Selbstdarstellung: „Klassenorganisation, an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus orientiert. Die vordringlichste Aufgabe ist die monolithische Einheit der Arbeiterbe-

wegung im Rahmen der bedingungslosen Unterstutzung der sandinistischen Volksrevolution, die demokratisch, vom Volk getragen, anti-imperialistisch ist und die dem landwirtschaftlichen Bereich Vorrang gibt.“

Bemerkungen: In der CGT-I ist die SCAAS (Sindicato de la Construcción), eine der mitgliederstärksten und kmpferischsten Gewerkschaften der nicaraguanischen Geschichte vertreten.

B) CENTRAL DE ACCION Y UNIDAD SINDICAL (CAUS)

Die Angaben wurden einem Interview mit dem Vorstandsmitglied und Vertreter im Staatsrat der CAUS, Mario Betanco, entnommen.

Gründungsdatum: 1973 als gewerkschaftliches Aktions- und Einheitskomitee gegründet. Mit der Organisierung von Gewerkschaften im Jahre 1976 verwandelte es sich in eine Gewerkschaftszentrale.

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: wurde von der Kommunistischen Partei Nicaraguas (PC de N), der einige ihrer Führer und Mitglieder angehören, gegründet. Ist Mitglied des gewerkschaftlichen Koordinierungsgremiums von Nicaragua.

Mitgliedschaft in zentralamerikanischen, amerikanischen oder weltweiten Organisationen: keine. Unterhält freundschaftliche Beziehungen zu revolutionären Gewerkschaftsbewegungen.

Selbstdarstellung: "Klassenorganisation der nicaraguanischen Arbeiter mit einer intern vorherrschenden marxistisch-leninistischen Ausrichtung. Wir verteidigen die Regierung, aber wir kämpfen gegen bestimmte Richtungen innerhalb der Regierung, die die Arbeiterinteressen berühren, wie die Korruption, die Bürokratie etc."

C) CENTRAL SANDINISTA DE TRABAJADORES (CST)

Die Angaben wurden einem Interview mit Francisco Gonzales, dem Verantwortlichen für Internationale Beziehungen der CST entnommen.

Gründungsdatum: 26. Juli 1979

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Erkennt die sandinistische Befreiungsfront als unbestreitbare Führung des revolutionären nicaraguanischen Prozesses an. Sie hat als erste die Herausbildung einer bergewerkschaftlichen Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit der CAUS und der CGT-i, initiiert und ist die grundlegende Kraft bei der Bildung des gewerkschaftlichen Koordinierungsgremiums von Nicaragua.

Mitgliedschaft: Mitglied im WGB (Weltgewerkschaftsbund)

Selbstdarstellung: "Klassenorganisation, bereit, die taktischen und strategischen Probleme der nicaraguanischen Arbeiter zu lösen. Ihr prinzipieller Ausgangspunkt ist die uneingeschränkte Unterstutzung der sandinistischen Revolution. Vertritt die Grundsätze: gewerkschaftlicher Internationalismus, internationale Zusammenarbeit, proletarischer Internationalismus. Versteht die politische Beteiligung der Arbeiterklasse als fundamentales Element innerhalb des neuen Rahmens der klassistischen Politik des revolutionären Staates."

D) CENTRAL DE TRABAJADORES DE NICARAGUA (CTN)

Die Angaben wurden einem Interview mit Alfredo Woo und Donald Espinoza aus der Informationsabteilung der CTN und aus verschiedenen vorliegenden Unterlagen entnommen.

Gründungsdatum: 6.9.1972, hat aber bereits seit 1962 als MOSAN (Movimiento Sindical Autonomo de Nicaragua de inspiracion cristiana) existiert.

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Sie definiert sich als eine unabhängige Zentrale, unabhängig von allen politischen Parteien und religiösen Richtungen. Sie ist Teil des "oppositionellen demokratischen Koordinierungsgremiums" 'Ramiro Sac-

sa'". In dieser Koalition beteiligt sie sich mit der CUS und den folgenden Parteien: Christdemokraten, Sozialdemokraten und den Demokratisch-Konservativen.

Mitgliedschaft auf Weltebene: Mitglied im WVA (Weltverband der Arbeit) Selbstdarstellung: Sie bezeichnet sich als "die einzige autonome und unabhängige Gewerkschaftszentrale der nicaraguanischen Arbeiterklasse. Unabhängig von Parteien, Regierung und Institutionen. Sie will eine Gesellschaft aufbauen, die christlich, humanistisch, nationalistisch, demokratisch, für alle gleich und pluralistisch ist."

(Entnommen aus: CTN, Beschlüsse und Beiträge der Arbeiter als Gruß zum 1. Mai 1980, Seiten 1 und 9 des vierten Teils)

E) CONFEDERACION DE UNIFICACION SINDICAL (CUS)

Einem Interview mit Jose Espinoza, politischer Sekretär und Vertreter der CUS im Staatsrat, entnommen

Gründungsdatum: Auf dem Kongreß vom 6. und 7. April 1972

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Ist Teil des demokratischen Koordinierungsgremiums "Ramiro Sacasa". Nahm am Grndungskongre des gewerkschaftlichen Koordinierungsgremiums von Nicaragua teil, zog sich aber kurz darauf daraus zurück. Stimmt in zwei oder drei Punkten nicht mit dem gewerkschaftlichen Koordinierungsgremium von Nicaragua überein: "die diskutiert und gelöst werden können."

Zusammenarbeit: Sie begreift sich als Teil des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften).

Selbstdarstellung: "Arbeiterzentrale, unabhängig von allen politischen Parteien. Vertritt die Philosophie und Ideologie der Sozialdemokratie."

F) ASOCIACION DE EDUCADORES DE NICARAGUA (ANDEN)

Gründung: Februar 1979

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Unterstutzt mehrheitlich die sandinistische Revolution und die FSLN. Versteht sich als gewerkschaftliche Einheitsorganisation der Lehrer und Erzieher, setzt daher die Unterstutzung der FSLN nicht als Mitgliedschaftskriterium voraus.

Mitgliedschaft auf Weltebene: Mitglied in der WCOTP (World Confederation of the Teaching Profession) – unabhängig sowohl vom IBFG als auch vom WGB oder WVA.

Selbstverndnis: Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen im Bildungsbe- reich durch Forderungen nach Verblligung der Lebenshaltung; Schulung und Mo- bilisierung der Kolleg/inn/en zur demokratischen Umgestaltung und des Ausbaus des Bildungswesens.

G) COORDINADORA SINDICAL DE NICARAGUA (CSN)

(Gewerkschaftliche Koordinierung Nicaraguas)

Der sandinistische Gewerkschaftsbund rief parallel zu seinem eigenen Aufbau zur richtungsbergreifenden Zusammenarbeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen in Nicaragua auf. Nach dem Scheitern eines Versuches, schnell zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft zu kommen, wurde im November 1980 ein Koordinierungsgremium, eben die CSN (Coordinadora Sindical de Nicaragua) gebildet. Ihr gehören ATC, CST, CGT-i, CAUS, FETSALUD, ANDEN und UPN an, darüberhinaus die kleine linksradikale FO (Frente Obrero), die Journalistengewerkschaft UPN (Union de Periodistas de Nicaragua) und der Angestelltenbund UNE (Union Nacional de Empleados). Dort werden grundlegende Positionen der nicaraguani-

schen Gewerkschaftsbewegung abgesprochen, die Koordinierung besitzt jedoch nicht selber den Charakter einer Föderation.

Gegen eine Teilnahme haben CUS und CTN votiert, die stattdessen in der sogenannten demokratischen Koordinierung "Ramiro Sacasa" teilnehmen. Diese wird vom Unternehmerverband COSEP und Parteien der konservativen bürgerlichen Opposition (Christlich-Soziale Partei PSC, Sozialdemokratische Partei PSD, Rechtliberale Partei PLD) dominiert.

H) ASOCIACION DE TRABAJADORES DEL CAMPO (ATC)

Gründung: März 1978

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Betrachtet die sandinistische Befreiungsfront als Führung des revolutionären Prozesses, ist aufgrund der geringen Präsenz anderer Bünde auf dem Land faktisch einheitlicher Branchenbund der Landarbeiter. Mitglied in der gewerkschaftlichen Koordinierung Nicaraguas.

Selbstverständnis: Vertretung der Klasseninteressen des ländlichen Proletariats, Kampf um Verbesserung der sozialen Lage der Landbevölkerung und um Beteiligung an der Betriebsführung im öffentlichen Sektor (APP).

I) FEDERACION DE TRABAJADORES DE SALUD (FETSALUD)

Die Angaben wurden einem Interview mit der Verantwortlichen für internationale Beziehungen, Mercedes Tenorio Navarrete, entnommen (März 1983)

Gründung: 1972

Politisch-gewerkschaftliche Beziehungen: Betrachtet die sandinistische Befreiungsfront als Führung des revolutionären Prozesses, versteht sich aber nicht als Richtungsgewerkschaft, sondern als einheitlicher Gewerkschaftsbund des Gesundheitswesens. Ist Mitglied der gewerkschaftlichen Koordinierung Nicaraguas.

Mitgliedschaft: Gehört keinem internationalen Zusammenschluß an, hat aber – teilweise gute – Beziehungen zu Schwesterorganisationen insbesondere in Mittelamerika und sucht weiter Kontakte auf internationaler Ebene.

Selbstverständnis: Vertretung der Arbeitsplatzinteressen der im Gesundheitswesen tätigen Arbeitnehmer aller Berufe und Spezialisierungen. Mobilisierung der Kollegen und Kolleginnen zur Teilnahme an Gesundheitskampagnen und -brigaden in medizinisch unversorgten ländlichen Gebieten. Beteiligung an der Ausgestaltung des einheitlichen Gesundheitssystems (Sistema Nacional Unico de Salud – SNUS).

Abkürzungen

Politische Parteien

FSLN	Frente Sandinista de Liberacion Nacional – Sandinistische Nationale Befreiungsfront
MAP-ML	Movimiento de Accion Popular Marxista Leninista – Marxistisch-Leninistische Volksbewegung
PCN	Partido Comunista de Nicaragua – Kommunistische Partei Nicaraguas
PSN	Partido Socialista de Nicaragua – Sozialistische Partei Nicaraguas
PSD	Partido Socialdemocrata – Sozialdemokratische Partei
PSC	Partido Socialcristiano – Sozialchristliche Partei

Politische Zusammenschlüsse

CDN	Coordinadora Democratica Nicaraguense Ramiro Sacasa – Demokratische Vereinigung Nicaraguas ... (bürgerliche Opposition)
FP	Frente Patriotico – Patriotische Front (prosandinistisch)

Gewerkschaften

ATC	Asociacion de Trabajadores del Campo – Gewerkschaft der Landarbeiter
CAUS	Central de Accion y Unificacion Sindical – Gewerkschaftliche Aktions- und Einheitszentrale
CGT-i	Confederacion General de Trabajadores (independiente) – Allgemeiner Arbeiterbund (unabhängig)
CST	Central Sandinista de Trabajadores – Sandinistische Arbeiterzentrale
CTN	Central de Trabajadores de Nicaragua – Nicaraguanische Arbeiterzentrale
CUS	Confederacion de Unificacion Sindical – Bund der Gewerkschaftlichen Vereinigung
FO	Frente Obrero – Arbeiterfront
ANDEN	Asociacion Nacional de Educadores de Nicaragua – Nationaler Bund der Erzieher Nicaraguas
FETSALUD	Federacion de Trabajadores de Salud – Gewerkschaft der Arbeiter des Gesundheitswesens
UNE	Union Nicaraguense de Empleados – Nicaraguanischer Angestelltenverband
UPN	Union de Periodistas Nicaraguense – Nicaraguanischer Journalistenverband
CIOSL/IBFC	Confederacion International de Organizaciones Sindicales Libres – Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
CMT/WVA	Confederacion Mundial de Trabajo – Weltverband der Arbeit
FSM/WGB	Federacion Sindical Mundial – Weltgewerkschaftsbund
CSN	Coordinadora Sindical de Nicaragua – Nicaraguanische Gewerkschaftskoordination

Interessenverbände

COSEP	Consejo Superior de la Empresa Privada – Oberster Rat der Privatunternehmen (Unternehmerverband)
UNAG	Union Nacional de Agricultores y Ganadores – Nationale Vereinigung der Ackerbauern und Viehzüchter (Kleinbauernverband)

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Institutionen

APP	Area de Propiedad del Pueblo – Volkseigener Sektor
ENABAS	Empresa Nacional de Granos Basicos – Nationales Unternehmen (zum Auf- und Verkauf von) für Grundnahrungsmittel
CAS	Cooperativas Agricolas Sandinistas – Sandinistische Agrarkooperativen
CCS	Cooperativas de Credito y de Servicios – Kredit- und Dienstleistungs- genossenschaften
CIERA	Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria – For- schungs- und Studienzentrum für Agrarreform
COIP	Corporacion Industrial del Pueblo – Zusammenschluß der volkseigenen Industrieunternehmen
INSSBI	Instituto Nacional de la Seguridad Social y del Bienestar – Nationales Institut für Sozialversicherung und Versorgung
MIDINRA	Ministerio de Desarrollo Agropecuario y Reforma Agraria – Land- wirtschaftsministerium

Literatur

DGB-Jugend (Hrsg.)
"Werkzeug für Nicaragua", Düsseldorf 1982

GEW-Berlin, FDCL (Hrsg.)
"Der Kampf hat viele Gesichter. Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala", Edition Nahua, Wuppertal 1982

Marschall-Caceres, Cornelia
"Lernen im Umbruch – Reflexionen einer gemeinwirtschaftlichen Bildungsarbeit in einer Bauernorganisation in Nicaragua." Diplomarbeit Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen (Manuskript), München 1982

Mertens, Peter
"Ein Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte der Arbeiterbewegung in Nicaragua." Studien für Zeitfragen, Oktober/November 1981

Zeitschriften

Envio
Instituto Historico Centroamericano, Managua, Nicaragua (Hrsg.)
Vertrieb der deutschen Ausgabe über Edition Nahua, Wuppertal.
Hier insbesondere: 12 (Juni 82), 14 (August 82), 35 (Mai 84).



NICARAGUA LIBRE